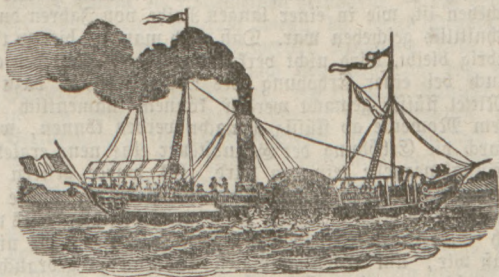


Danziger Dampfboot.

№. 216.

Dienstag, den 16. September.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1862.

32ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 9 Pfg., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: A. Reitemeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Bür.
In Breslau: Louis Stangen.
In Leipzig: Heinrich Hübner und C. Mgen.
In Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. Haafenstein & Vogler.

Die Debatten über die Militärfrage.

Seit einigen Tagen ist der Kampf über die wichtigste Frage, die seit dem Bestand unsrer constitutionellen Lebens zur Sprache gekommen, die in ihren Folgen auf die Entwicklung, ja auf die Fortexistenz desselben den tiefgreifendsten Einfluß üben wird, eröffnet worden; voraussichtlich wird sich, da nicht weniger als 58 Redner eingeschrieben, die Generaldiscussion noch eine ganze Zeit lang fortspinnen; obgleich die Hauptgesichtspunkte erschöpft und sich noch kaum dem Gegenstand eine wirklich neue Seite wird abgewinnen lassen. Verliert die Verhandlung freilich dadurch an ihrem spannenden Interesse, daß Jedermann weiß, sie hat keinen Einfluß auf die schließliche Entscheidung der Kammer, diese ist vielmehr schon jetzt in ihrem Hauptresultate vollkommen feststehend; so hat doch hier jede Partei noch einmal Gelegenheit ihre Ansichten klar und offen vor dem Richterstuhl der öffentlichen Meinung darzulegen, ihr Votum vor dem Urtheil nicht bloß Preußens, sondern auch Deutschlands zu rechtfertigen. Wir können wohl sagen, daß wir hierbei mit dem Auftreten unsrer Partei alle Ursache haben, zufrieden zu sein. Es ist von derselben viel gefehlt, viel versäumt worden und auch sie trägt nicht die geringste Schuld daran, daß gerade diese Frage für das Vaterland eine so unheilvolle Bedeutung gewonnen, wozu freilich alle Parteien ihr reichliches Theil beigetragen haben; sie muß jetzt weit über Verdienst die Folgen davon tragen und ihr unmittelbarer Einfluß auf die Entscheidung der Kammer ist daher von keiner Bedeutung. Wir denken aber daran, daß die Wirkung ihrer Reden keine verlorne ist, daß sie im Lande bei allen denen einen Wiederhall finden werden, die nicht erregte Parteileidenschaft für das Gewicht aller Gründe taub, für die Berücksichtigung aller tatsächlichen Verhältnisse blind gemacht hat. Die tatsächlichen Vorzüge der Reorganisation in ihren Hauptgrundzügen sind darin mit einer Evidenz nachgewiesen, gegen die von gegnerischer Seite auch nicht das mindeste Sachgemäße hat vorgebracht werden können; dagegen ist das Verfahren der Regierung, das eine so lebhaft, jetzt aber durch künstliche Agitation weit über alles Maß hinausgehende Opposition im Lande hervorgerufen, von ihnen eben so wenig geschont worden; die wirklich thumlichen und in den allgemeinen Wünschen des Landes begründeten Modificationen der Regierungsvorlagen haben in dem Amendement Stavenhagen ihren Ausdruck gefunden, doch würden diese eigentlich erst bei der Beratung des Etats pro 1863 zur Sprache kommen. Am glänzendsten wurde unser Standpunkt wieder durch Vincke vertreten, der jetzt in der denkbar ungünstigsten Position die Unverwundlichkeit seines parlamentarischen Talents immer aufs Neue bewährt. Wir können unsern Lesern den stenographischen Wortlaut seiner Rede, wie ihn bereits die Berliner Allgemeine Zeitung bringt, nicht dringend genug empfehlen. Auf der Gegenseite müssen wir anerkennen, daß die Debatte bis jetzt sich innerhalb der Schranken der Würde und Mäßigung hielt, die nicht immer bei ähnlichen Gelegenheiten beobachtet worden, daß man die Ausfälle vermied, die doch zuletzt nur dem Ansehen der Kammer Schaden bringen. Man hielt sich hier meistens an die juristische Seite und griff die Verfahrungsweise der Regierung erfolgreich an, am treffendsten war in dieser Hinsicht wohl die Rede des Abgeordneten Gneist, auf die Sache vermied man so viel als möglich einzugehen, es war ein solches

Verfahren geboten, weil sonst der so sehr abweichende Standpunkt zum Vorschein gekommen wäre, auf dem die verschiedenen Bruchtheile der Majorität untereinander dazustehen; sie haben sich eben nur in der reinen Negation vereinigen können; diese ist allerdings sehr einfach, was aber damit erreicht wird, eine andre Frage. Aus der Haltung des Ministeriums ist zu entnehmen, daß sich die Regierung bis jetzt wenigstens dadurch noch nicht zur Nachgiebigkeit hat bestimmen lassen; es war auch schwerlich zu erwarten, daß sie sich der mit so entschiedener Schroffheit eingenommenen Position der Majorität gegenüber noch im letzten Moment zu einem halben Entgegenkommen entschließen würde, das unter diesen Umständen doch auf keinen Erfolg rechnen konnte. Daß dies nicht früher versucht worden, wo allerdings noch nicht jede Hoffnung auf einen solchen abgeschnitten war, ist eine schwere Versäumnis, deren Verantwortung auf ihren Schultern ruht. Bei dieser Sachlage muß natürlich das Bestreben der vermittelnden Partei für den Augenblick ein fruchtloses bleiben; wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß darum ihre Arbeit für die Zukunft nicht verloren sein wird; nur diese Aussicht kann uns muthig aufrecht erhalten bei den trüben Zuständen, die jetzt vielleicht wieder auf lange Zeit menschlicher Voraussicht nach über das Vaterland hereinbrechen werden.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

46. Sitzung, Berlin 12. September.

(Schluß.)

Die Majorität der Commission geht nun auch nicht so weit; sie will einfach den Zustand von 1859 wiederherstellen. Ja, meine Herren, das bedürfte es doch nun erst der Untersuchung, ob denn dieser Zustand an sich ein so vorzüglicher, ob er namentlich ein mit dem Grundgedanken der früheren Landwehr so übereinstimmender war, daß wir nach seiner Wiederherstellung ein Verlangen haben könnten. Ich glaube diese Frage wird schließlich zu verneinen sein, und darum kann ich aus diesem System der reinen Negation, welches die Majorität der Commission befolgt hat, etwas Segenreiches nun und nimmermehr hervorgehen sehen. Ich habe gesagt, die Reorganisation sei im Ganzen und Großen ihrem Grundgedanken nach eine glückliche gewesen, und habe die Stimmen des Landes für sich. Es wird darauf ankommen, die Vorwürfe, welche man ihr macht, näher zu beleuchten. Der erste häufig gehörte Vorwurf ist der, daß ein übermäßiger Steuerdruck vorhanden sei und deshalb ein höherer Aufwand für die Militäraufbeweise nicht bewilligt werden könne. Meine Herren, ich bin in allen früheren Verhältnissen meines Lebens solchen und ähnlichen allgemeinen Klagen entgegengetreten. Ich habe es auch im vorigen Jahre gethan. Da wurde mir von einigen Mitgliedern des Hauses entgegengelegt: Ja, Alles was man auch sagen möchte, um jene Klagen zu entkräften, das könne nicht in Betracht kommen, denn die Klage sei eine allgemeine und darum eine begründete. Meine Herren, wenn das Abgeordnetenhaus sich auf diesen Standpunkt stellt, wenn das allemal wahr sein sollte, was von recht Vielen behauptet wird, dann würden wir mit Petitionen und Anträgen dieser Art gewaltig überschwemmt werden, und es würde die gesunde Beurtheilung der Verhältnisse sehr bald verschwinden. Also die Allgemeinheit der Klagen, wie gesagt, die wird keinen besonnenen Staatsmann irgendwie bestimmen können. Ich bleibe dabei stehen, daß der behauptete übermäßige Steuerdruck nicht vorhanden ist. Wenn wir Preußen mit anderen Staaten vergleichen, mit anderen Großmächten, so erscheint diese Behauptung unbegründet. Ich will Sie mit statistischem Material nicht aufhalten, ich setze voraus, Sie werden sich selbst damit bekannt gemacht und die Ueberzeugung gewonnen haben, daß in der That, man mag die Steuern nach Quadratmeilen, Köpfen, oder sonst einem Maßstabe vergleichen, das Verhältnis Preußens andern Staaten, namentlich den

andern Großmächten gegenüber, ein durchaus günstiges ist. Die Klage ist eben so wenig begründet, wenn man die jetzige Zeit mit einer früheren vergleicht. Es läßt sich nachweisen, und es ist Ihnen nachgewiesen worden, daß seit der Regulierung unseres Steuersystems, also in einem Zeitraum von mehr als 40 Jahren, der Steuerdruck sich in keiner Weise gesteigert hat, mit der einzigen Ausnahme, daß die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung allerdings in Folge der Einkommensteuer jetzt mehr als früher an Steuern zu entrichten hat. Meine Herren, ich glaube, wir sind hier eine ziemlich Anzahl von Einkommensteuerpflichtigen und angenehm wird es uns grade nicht sein, daß wir jetzt mehr Steuern zu zahlen haben; daß wir aber darüber zu Grunde gingen, oder daß das Land darüber zu Grunde gehen werde, das wird in der That Niemand behaupten wollen. Abstrahirt man aber, ich wiederhole es, von der Einkommensteuer, so ist der Steuerdruck im Ganzen kein größerer geworden, im Gegentheil, es sind in dem 40jährigen Zeitraum bedeutende Ermäßigungen und Erleichterungen eingetreten. Wenn nun, meine Herren, derselbe Betrag von Steuern in einer so weit zurückliegenden Zeit getragen werden konnte, in einer Zeit, wo das Land unter den Folgen verheerender Kriege zu leiden hatte, in einer Zeit, wo die Bevölkerung kaum zwei Drittel der gegenwärtigen betrug, wo der Wohlstand ein unglaublich viel geringerer war, als jetzt, wenn damals der Steuerdruck ohne Murren und ohne Belästigung getragen werden konnte, wenn trotz der damaligen Steuern Wohlstand und Bildung und alle anderen Factoren des Staatslebens bei uns sich in ungewöhnlicher Weise entwickelt haben, in einer Weise, wie wenige andere Städte sich dessen rühmen können, wenn das, wie gesagt, durch hohe Steuern vor 40, 30 und 20 Jahren nicht behindert worden ist, dann, meine Herren, wird auch heute der Druck derselben nicht erhöht den Wohlstand des Landes wahrhaftig nicht beeinträchtigen. Es kommt dazu, daß ja auch, wenn die Reorganisation wirklich einen größeren Steuerdruck hervorbringen sollte — was nicht der Fall ist, indem ja von der Regierung keine neue Steuern verlangt werden, — dann auch in Rechnung gestellt werden müßten die großen Erleichterungen, welche dem Lande in Folge der neuen Organisation zu Theil geworden sind. Ich hoffe, meine Herren, daß im Laufe der Discussion die Staatsregierung vielleicht noch in der Lage sein wird, Ihnen darüber nähere Mittheilungen zu machen. Abgesehen von den großen Opfern, welche sich nicht in Zahlen darstellen lassen, sind diejenigen Opfer, welche sich in der That auf Geldsummen reduzieren lassen und die bei der früheren Verwendung der Landwehr gebracht werden mußten, so bedeutend, daß in der That eine sehr wesentliche Erleichterung des Landes in der vorgenommenen Veränderung erblickt werden muß. Meine Herren, jene Klage über übermäßigen Steuerdruck ist, glaube ich, auch in der That nicht recht ernstlich gemeint; denn diejenigen, welche die Klage erheben, machen ja gar nicht den Vorwurf, etwas ziehen und dies für andere, ihnen notwendiger und nützlicher scheinende Zwecke verwenden. Dadurch würde aber doch in der That der Steuerdruck nicht ermäßigt werden, sondern er würde derselbe bleiben wie bisher. Kann nun hiernach nicht behauptet werden, daß der Steuerdruck an sich ein zu hoher sei, so wird doch als zweiter Grund angeführt, daß immerhin von der Gesamtsumme, welche durch die Steuern aufgebracht werde, ein verhältnismäßig zu großer Theil auf die Militärausgaben, und mithin zu einem unproduktiven Zwecke verwendet, die zu produktiven Zwecken dagegen entzogen werden. Meine Herren, auch diese Ansichten kann ich nicht theilen. Zunächst glaube ich constatiren zu müssen, daß die Möglichkeit, einen höheren Militäretat zu decken, ohne die Staatsfinanzen zu zerrütten, jetzt doch kaum mehr bestritten werden kann. Wir haben allerdings, meine Herren, seit die Reorganisation nach Ausweis unsers Etats Jahr für Jahr mit einem erheblichen Defizit zu kämpfen gehabt; es ist Ihnen doch aber auch schon früher von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß dieses Defizit nur ein scheinbares sei, daß bei der großen Vorsicht, mit welcher seit einer Reihe von Jahren unsere Etats, namentlich die Einnahme-Etats, aufgestellt worden, ein materielles Defizit überhaupt nicht existirt. Diese Voraussetzung hat sich nun schon drei Jahre hindurch bestätigt; sie hat sich während dreier

Zahre bestätigt, die keineswegs günstige Jahre gewesen sind, in welchen die italienischen Wirren mit ihren Nachwehen, in welchen späterhin der verheerende Krieg in Amerika und eine Menge andere Umstände sehr nachtheilig auf die Finanzen einwirkten. Wenn dessen ungeachtet — trotz dieser nachtheiligen Einwirkungen — in den Jahren 1859, 1860 und 1861 das nominelle Defizit in der Wirklichkeit als ein Defizit sich nicht herausgestellt hat, wenn statt desselben sogar Ueberschüsse, und recht erhebliche Ueberschüsse erzielt worden sind, dann, meine Herren, ist doch wohl in der That die Voraussetzung gerechtfertigt, daß das aus dem Etat pro 1862 nominell noch nicht entfernte Defizit eben so wenig ein materielles sein werde, und daß auch dieses seine Deckung in den Ueberschüssen finden werde. Wie gesagt, wer sich mit unseren Finanzen, mit unseren Etats vertraut gemacht hat — und das ist jetzt doch bei einer ziemlichen Anzahl von Mitgliedern der Fall — der wird die Richtigkeit dieser Behauptung wohl nicht mehr bestreiten können. Der eclatanteste Beweis liegt doch darin, daß wir in den drei Jahren, über welche uns Rechnungen vorliegen, trotz der Reorganisation keine neuen Schulden gemacht haben, daß die Mittel des Staatskassas nicht angegriffen sind, daß im Gegentheil dem Staatskassas noch die hohe Summe von 8 Millionen Thalern zugeführt worden ist. Darin liegt doch meine Herren, der nicht zu widerlegende Beweis, daß die preussischen Finanzen eine Mehrausgabe für militärische Zwecke von 6 bis 7 Millionen ertragen können, ohne einer Gefahr der Zerrüttung ausgesetzt zu werden. Es könnte nun eine solche Erhöhung dennoch Bedenken finden, wenn wir dadurch in ein Mißverhältniß träten mit anderen Staaten, wenn Preußen im Vergleich mit andern Staaten eine übermäßig große Last auf seine Schultern nehme. Meine Herren, auch hier lehrt Ihnen die Statistik, daß das in keiner Weise der Fall ist. Es ist gestern hier zu meiner Freude auf die sehr gründliche Abhandlung, welche Sie in der Zeitschrift des statistischen Bureaus gedruckt finden, Bezug genommen worden. Aus den Zusammenstellungen, welche dort gemacht sind, ergibt sich in der That wiederum — man mag nach Quadratmeilen, nach Kopfzahl oder nach sonst irgend welchem Maßstabe rechnen — daß die Ausgaben für das Landheer in Preußen sehr erheblich geringer sind, als in anderen größeren Staaten, und selbst in anderen Mittelstaaten. Man hat aber dennoch gerade aus dieser Abhandlung deduciren wollen, daß bei uns der Militär-Etat ein übermäßig großer sei. Es sind bloß die Schluss-Resultate jener Abhandlung uns vorgeführt worden, darin bestehend, daß der Militär-Etat von der gesamten Netto-Ausgabe 58 pCt., oder wenn man die extraordinären Ausstattungskosten hinzurechnet, sogar 61 pCt. in Anspruch nimmt. Ja, meine Herren, diese Zahl von 58 pCt. klingt allerdings recht gefährlich; aber diese Zahl stellt sich eben heraus, wenn Sie die Netto-Ausgabe in Betracht ziehen, also eine große Menge anderer Ausgaben vorweg aus dem Budget ausgesondert haben, wodurch sich allerdings die ganze Budgetsumme auf eine verhältnißmäßig kleine Ziffer reducirt und der Prozentsatz ein höherer werden muß. Es geht aber auch aus der Abhandlung hervor, daß dieser Satz von 58 pCt. bei allen größeren Staaten — und ich wiederhole es, auch bei den Mittelstaaten — überschritten wird. Gefährlicher klingt nun der Satz von 61 pCt., wenn man auch die Kosten der extraordinären Ausrüstung mit hinzurechnet. — Ich bedaure, daß der von mir sehr geachtete Verfasser dieses Exempel überhaupt angelegt hat, es kann unmöglich zu einem Resultate führen, wenn man die Summen, die der Natur der Sache nach durch Anleihen gedeckt worden sind und gedeckt werden müssen in den laufenden Etat mit hineinzieht. Wenn wir in einer Reihe von Jahren eine Menge von Kriegsanleihen im Betrage von mehr als 100 Mill. haben machen müssen, so sind die Anleihen, die im Gesamtinteresse des Staates gemacht werden mußten, die Sie unmöglich der Militärverwaltung zur Last schreiben können und mit den laufenden Ausgaben nicht in eine Parallele stellen können. Also auch vor dieser Ziffer brauchen wir uns nicht zu fürchten. Sit aber von einem der gestrigen Herren Redner mit Recht auf diese Abhandlung des Directors des statistischen Bureaus großer Werth gelegt worden, dann, meine Herren, hätte ich gewünscht, daß auch auf das Urtheil, welches dieser Mann abgibt, einig Gewicht gelegt werde. Das hohe Haus wird mir erlauben, nur einige Zeilen vorzulesen. In die Zusammenstellungen, die dort gemacht werden, knüpft sich folgende Aeußerung: „Diese Zahlen sind vom größten Interesse. Sie lehren allerdings, daß unser Ausgabe-Budget seit 1820 ganz erheblich angewachsen; sie lehren aber auch, daß der Betrag an Netto-Ausgaben incl. der Reorganisationskosten der Armee, der heute auf einen Kopf der Bevölkerung kommt, doch niedriger ist, als er vor 42 Jahren war. Im Jahre 1820 fiel auf je 1 Bewohner des Staats 3,99 Thlr., im Jahre 1861 nur 3,86 Thlr. Auf Grund dieser That-sache erweisen sich die vielfach ausgesprochenen Behauptungen über wachsenden Steuerdruck in Preußen nun freilich als völlig unmotivirt; und um so mehr stehen sie in der Luft, als doch Niemand leugnen kann, daß eine bestimmte Summe heute nicht die Kaufkraft der nämlichen Summe im Jahre 1820 hat. Seit dieser Zeit sind ja die Getreidepreise, wie früher nachgewiesen wurde (Zeitschrift des statistischen Bureaus Nr. 10 und 11. 1861, Seite 266) um circa 90 pCt. gestiegen; Beweis genug dafür, daß sich die aller übrigen Bedürfnisse, wenn auch nicht in gleicher, doch in ähnlicher Weise erhöhten. Trotzdem zeigt die Steuerquote pro Kopf der Bevölkerung keine Vermehrung.“ Das sind die Resultate, welche der Herr Verfasser aus den statistischen That-sachen zieht. Man sagt nun endlich, meine Herren, ja, wenn es auch in der That möglich ist, eine Ausgabe in so hohem Betrage für die Militär-Verwaltung zu machen, wenn auch zugegeben werden muß, daß in andern Staaten ebensoviel für diesen Zweck verwendet wird, daß in Preußen in früheren Jahren eben so viel und noch mehr ohne Nachtheil verwendet worden ist, so bleiben doch immer die nach-

theiligen Folgen bestehen, daß unter dieser großen Militair-Ausgabe alle übrigen Zweige der Verwaltung zu leiden haben, daß für andere Zwecke des Staats nicht genügend gesorgt werden kann. Meine Herren, diese Klage hat ihre bedenkliche Seite: ich glaube allen Anforderungen auf allen Gebieten der Verwaltung zu genügen, — das wird nie möglich sein, dahin zu streben, würde von vorn herein ein verfehltes Streben sein. Es kann mit Flug und Recht behauptet werden, daß in Betreff der Staatsausgaben für die allgemeinen und großen Zwecke der Staats-Verwaltung, der Civil-Verwaltung, Preußen hinter den anderen Staaten durchschnittlich nicht zurückgeblieben, daß es den meisten ruhmreich vorangegangen ist. Es läßt sich ebenso behaupten, daß trotz des gesteigerten Militair-Aufwandes diese Zwecke bisher nicht zurückgesetzt worden sind, daß für sie eben so viel geschehen ist, wie in einer langen Reihe von Jahren durchschnittlich geschehen war. Daß noch manches hier zu thun übrig bleibt, wird nicht verkannt werden; es werden aber auch bei einer Erhöhung des Militair-Etats dazu die Mittel flüssig gemacht werden können, namentlich von dem Momente ab flüssig gemacht werden können, wenn durch die Erhöhung der Grundsteuer eine neue ergiebige Einnahmequelle gefunden wird. Es wurde gestern angeführt, daß z. B. immer noch für die große Klasse der gering besoldeten Beamten zu sorgen sei; auch dieses will ich nicht in Abrede stellen. Aber vergessen Sie nicht, daß wir, um einen trivialen Ausdruck zu gebrauchen, auch hier vor einer Schraube ohne Ende stehen. Es ist eine unausbleibliche Folge, daß, je mehr die Lage der Beamten verbessert wird, desto mehr sich der Andrang zu den Stellen vergrößert, und daß durch diesen größeren Andrang die Verbesserung der Gehälter doch wieder illusorisch gemacht wird. Meine Herren! Als ich in den Staatsdienst eintrat, war es in der Verwaltungs-Karriere nichts Ungewöhnliches, daß man nach 1½, 2 bis höchstens 3 Jahren, nach zurückgelegtem dritten Examen, den Rang eines Regierungsrathes erlangte. Als ich das Examen gemacht hatte, kam ich erst nach 4 Jahren zu diesem Range. Jetzt ist es keine Möglichkeit, eher als 13—14 Jahre nach dem Examen zum Regierungsrath befördert zu werden. In der Justiz-Verwaltung wird das Verhältniß nicht günstiger sein. Die Folge der vorgenommenen Verbesserungen ist die gewesen, daß die Erlangung eines gewissen Zielpunktes jetzt weiter hinausgeschoben ist, und für die betreffenden Individuen ist in der That wenig geändert. Bei alledem erkenne ich an, und ich glaube, dies auch durch die That zu erkennen gegeben zu haben, daß auf diesem Gebiete viel geschehen mußte, und auch viel geschehen ist, und ich bin überzeugt, daß auch ferner noch viel geschehen können und geschehen müssen; aber ich glaube, angedeutet zu haben, und würde dies nöthigenfalls näher ausführen können, daß die Mittel dazu auch neben einem erhöhten Militair-Etat vorhanden sind. Meine Herren! Ich habe ihre Geduld schon lange in Anspruch genommen. Es sind das eben die Hauptpunkte, die ich Ihnen vorführen zu müssen glaubte, um Ihnen meinen Standpunkt in der Frage darzulegen. Ich würde von diesem meinem Standpunkte also zu dem Resultate kommen, daß das, was die künftige Staats-Regierung für 1862 im Militair-Etat gefordert hat, unverkürzt bewilligt werden kann, ohne andere Zwecke des Staates zu beeinträchtigen, oder mit anderen Zwecken in Widerspruch zu kommen. Ich würde glauben, daß diese Bewilligung geschehen könnte, und daß dabei nur das festzuhalten wäre, daß ein ferneres Steigern dieser Ausgaben nicht einzutreten hätte. Ich kann den Reorganisationsplan, wie er von der Regierung vorgelegt worden ist, mit dem sehr bedeutenden Kosten-Aufwande, den seine vollständige Durchführung machen würde, für den Augenblick nicht für ausführbar halten, und das ist auch die Ansicht der Regierung. Die Regierung hat ja selbst gesagt: „Wir wollen das Ideal, wie es uns vor-schwebt, hinstellen, aber es nicht eher realisiren, als bis die Mittel dazu ohne Beeinträchtigung anderer Zwecke flüssig gemacht werden können.“ Die Aufgabe der Landes-vertretung kann also nur die sein, dafür zu sorgen, daß dieser Aufwand nicht in ungemessener Weise gesteigert werde, was bis jetzt, meiner Auffassung nach, nicht der Fall ist, daß also diejenigen Ersparnisse, welche in den jetzt vorliegenden beiden Etats gemacht sind, die aber, ihrer Natur nach, nicht als dauernde angesehen werden können, durch andere ersetzt werden, die ihrer Natur nach dauernde sind. Meine Herren, es ist die Frage, vor der wir jetzt stehen, ich wiederhole es, eine sehr wichtige; es handelt sich bei ihr vielleicht um Preußens Zukunft für lange Zeit. Es hat ein geistreicher Mann einmal die Aeußerung gethan, Berlin, die mächtige, blühende Stadt inmitten des märkischen Sandes, sei eine Kraftanstrengung des Menschengeschlechts. Ich glaube, man kann dies Wort nicht bloß auf Berlin, man kann es auch auf den preussischen Staat anwenden. Der preussische Staat, diese wunderbare Schöpfung, ist hergestellt worden durch eine Reihe großer Fürsten, durch eine Hingebung und Lückertigkeit des Volkes, wie sie in wenigen anderen Ländern angetroffen wird. (Bravo! rechts.) Diesen Bau zu zertümmern ist leicht, ihn wieder aufzubauen würde kaum möglich sein. (Bravo.) Meine Herren, bedenken Sie bei dem in dieser Frage abzugebenden Votum, daß das Verhältniß großer Könige, daß das Verhältniß eines Volkes, welches in der Geschichte eine große Rolle spielt, ihren Händen anvertraut ist; hüten Sie sich, daß Ihnen nicht später der Vorwurf gemacht werden kann, daß Sie dieses Verhältniß beschädigt haben. (Bravo.)

Abg. v. Vinde gegen den Kommissionsantrag. Er sucht zunächst die neue Heeres-Organisation durch Verlesung einzelner Bestimmungen derselben klar darzulegen. Dieselbe sei nichts Anderes, als eine definitive Verbesserung des Gesetzes vom Jahre 1814 über die Landwehr, welches durch die neueren Verhältnisse Preußens und durch die politische Lage Deutschlands wie überhaupt Europas, endlich auch durch die socialen Zustände der Bevölkerung unseres eigenen Vaterlandes geboten sei. Die Zustände, welche in Folge einer Mobilmachung bei der Einberufung der Landwehr in früheren Jahren zu

Lage getreten, seien zu bekannt und sprächen zu deutlich für die Nothwendigkeit einer Umänderung der bisher maßgebenden Bestimmungen. Er erinnere nur an den Umstand, daß bei einer nothwendig gewordenen Mobilmachung, ja sogar schon bei einer eingetretenen Kriegsbe-reitschaft die aus ihren bürgerlichen Verhältnissen herausgerissenen und zur Fabne einberufenen Mannschaften Wochen und Monate lang an der Grenze aufgestellt waren, zur Unthätigkeit verdammt, während ihre häuslichen Verhältnisse in dieser Zeit dem Ruin entgegengeführt worden seien. Solche Zustände seien in der That nicht empfehlenswerth, sie seien vielmehr verwerflich und würden durch die neue Militär-Organisation — das werde gewiß Niemand leugnen — auf das Entschiedenste beseitigt. Ueber die finanziellen Bedenken wolle er nichts sagen; er müsse sich dabei überall auf die Ausführungen des Abg. v. Patow, als eine allgemein anerkannte Autorität, berufen. Der Vermögenszustand des Staates habe sich unbedenklich verbessert, auch von einem finanziellen Vergleiche Preußens mit Oesterreich könne unmöglich die Rede sein. Außer den rechtlichen und finanziellen Bedenken sind besonders zwei hervorgehoben worden. Die Landwehr ist keine Bürgerwehr oder Nationalgarde, die sich selbst ihre Führer wählen kann, sondern wohlgeschulte Soldaten unter dem Kommando von gebildeten Offizieren. Die Landwehr soll auch nie ein Volksheer werden, wie sie Rußland geschuldet hat. Anders stände es mit der Dauer der Dienstzeit im stehenden Heere. Hier müsse er sich entschieden für die zweijährige Dienstzeit aussprechen; diese Ansicht werde von anerkannten Autoritäten getheilt; die Generale Krauseneck, v. Grolmann und v. d. Marwitz hätten schon zur Zeit Friedrich Wilhelm III. behauptet, daß eine 2jährige Dienstzeit genüge. Auch der Lieutenant Hundt v. Hafften habe in seiner Schrift konstatirt, daß viele Capitäne von den Mannschaften ihrer Kompagnien behauptet, daß ihre alten Leute immer die Dummsten seien und noch dümmer als der dümmste Rekrut. Was er mit seinen Partisengenosseu bedauern müsse, sei, daß sowohl der Finanz- wie der Kriegeminister sich von den Berathungen der Kom-mission gänzlich ausgeschlossen hätten. Diese Exkludirung trage viel Schuld an der jetzigen Spannung zwischen Landesvertretung und Regierung. Wie wolle man aus dem Zwispalt herauskommen, denn keine Regierung könne Krieg führen trotz aller Militärmacht, ohne daß sie das Land hinter sich habe. Die Sternzeitung habe zwar verschiedene Mittel und Wege angegeben, um aus dem Dilemma endlich herauszukommen, vor diesen Wegen müsse er aber die Regierung ernstlich warnen. Was dadurch geschehen werde, wolle er dem Ministerium kurz sagen: Der Theil der Abgeordneten, welcher bisher bemüht gewesen, die Regierung nach allen Seiten hin zu stützen, werde in die Opposition getrieben, das Land gegen die Regierung aufgebracht. Ja er wolle es gerade heraus-sagen: es würden auf solche Weise heftige Zustände bei uns herbeigeführt werden (stürmischer Beifall). Solche Zustände könne das kleine Ländchen Hessen wohl vertragen, Preußen werde aber durch dieselben seinem Ruin entgegengeführt (lebhafter Zustimmung). Schließlich wendet Redner sich gegen die Abg. v. Hoyerbeck und v. Carlwiz.

Der Herr Abgeordnete für Gölzig und andere seiner Freunde, sagt er, haben aus dem Mißtrauen gegen die jetzige Regierung das hauptsächlichste Argument hergenommen; der Herr Abgeordnete für Saarbrücken hat uns gesagt, das Ministerium müsse entweder abgehen, oder das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden. Man hat die Politik der Regierung getadelt, und will ihr deshalb kein Geld bewilligen. Damit beweist man aber zu viel. Wir können der Regierung unser Mißtrauen bezeugen in allen Fällen, wo es einen praktischen Erfolg hat, wo es dem Lande etwas nützt; aber wir sind nicht berechtigt, um dieser Minister willen oder um des Mißtrauens willen, daß der Eine oder der Andere hat, dem Lande zu schaden; (Bravo! rechts) und das thun wir entschieden: dadurch machen wir das Land wehrlos, und wehrlos bedeutet: „ehelos.“ Wir machen das Land wehrlos vor Europa, wenn wir in diesem Augenblicke die ganze Reorganisation, diese ganzen Cadres wieder beseitigen. Der einzige Erfolg wäre der, daß Sie die Armee desorganisiren. Sie werden auf diese Weise die Landwehr nicht wieder ins Leben rufen können, Sie werden nur das Heer desorganisiren und jedenfalls werden Sie sich den Verhältnissen in Europa und in Deutschland gegenüber, welche augenblicklich wahrlich schon verwickelt genug sind, auf das Schwerste verantwort-wortlich machen. Der Herr Abgeordnete für Gölzig hat in Ausdrücken, die ich beklage — er mag es mir nicht übel nehmen, daß ich sie citire — davon gesprochen, Preußen hätte keine Achtung im Auslande, es existire keine Furcht vor Preußen in Oesterreich und in anderen Staaten, und was ich innigst beklage, er hat sogar gesagt, wir gehen in fortwährender Selbst-Verstümmelung weiter. Man kann manche Ausdrücke gegen Personen gebrauchen, die das Maß überschreiten, doch aber noch eine gewisse Berechtigung in sich haben; aber eine Grenze bleibt stehen, die ich nicht besser zu bezeichnen weiß, als durch das Wort eines großen Engländers, den er als Autorität gewiß auch anerkennen wird. Der Engländer Burke hat einmal gesagt: „Wenn man von Schäden des Staats spricht, so muß man davon sprechen, wie von den Schwächen eines Vaters, nämlich mit schauerlicher Ehrfurcht und zitternder Besorgniß.“ (Bravo!) Der Herr Abgeordnete hat sich sogar in die Vergangenheit verfliegen, wo wir leider noch nicht die Ehre hatten, ihn als Preußen zu kennen, in eine Vergangenheit, die hinter der jetzigen Regierung liegt; nun ich meine die Sünden der Vergangenheit gehören der Geschichte an, und es ist hier am allerwenigsten der Ort, sie vor ganz Europa zu zeigen. (Bravo! rechts.) Wir haben nur Gedenken der jetzigen Regierung in so fern zu zeigen, als wir praktische Abhilfe verschaffen können. Der Herr Abg. hat durch sein Votum in der russischen Diskussion den Handelsvertrag anerkannt, er hat sein „Ja“ dazu gegeben, er hat mit uns die Resolution ge-

facht, wodurch für die patriotischen Bestrebungen der Regierung in Bezug auf diese Frage gedankt ist. Er hat also wohl nicht das Recht gehabt, unmittelbar darauf von einer „Selbstverstümmelung Preußens“ zu reden. Wir haben Alle die Pflicht, den guten Ruf der preussischen Nation zu wahren, die in diesem Augenblicke durch diese Regierung vertreten ist; er hat nicht das Recht, den preussischen Staat zu schmähen, weil er etwa mit der Regierung nicht übereinstimmt. Der Herr Abg. hat weiter von den kummervollen Empfindungen gesprochen, womit er seinen Wählern gegenüberzutreten werde, wenn er, ich weiß nicht welche Gesetze, ihnen nicht vorlegen könnte, das Unterrichts-Gesetz und viele andere Gesetze, und wenn dagegen das Herrenhaus noch im erwünschten Wohlfühlen sich befände, und die Lasten des Landes um so und so viele Millionen vermehrt wären. Was die Lasten des Landes betrifft, so habe ich Ihnen meinen Standpunkt schon klar gemacht. Im Uebrigen können wir getrost alle die Folgen dieses Votums auf uns nehmen. Ich wage es nicht mich mit dem Herrn Abgeordneten in Parallele zu stellen, der mir an Jahren voraus ist, der in einem andern Staate sich in den höchsten Stellen befunden, der schon damals die Politik in einem Nachbarlande vertreten hat, die wir als die richtige auch bei uns anerkennen. Aber die beiseide Bemerkung darf ich mir vielleicht gestatten, daß ich seit den 20 Jahren, seitdem es mir überhaupt möglich war, nach den Gesetzen des Landes, mich an dem verfassungsmäßigen Leben des Landes zu betheiligen, stets für die bestehenden Vertretungen meines Vaterlandes gewählt worden bin, mit einer einzigen Ausnahme, wo Pflichten, die ich früher übernommen hatte, im vorigen Herbst mich veranlaßten, die Wahl vorher abzulehnen. Meine Herren, ich habe mich nie um eine Wahl beworben, ich habe niemals Veranlassung gehabt, mein Verhalten den Wählern gegenüber zu rechtfertigen, ich habe mich ihnen nie gegenübergestellt; ich stehe auf dem Boden des Artikel 83 der Verfassung, daß ich nicht einen Wahlbezirk, sondern das Land, mein Vaterland zu vertreten und daß ich keine Aufträge und Instruktionen von meinen Wählern zu empfangen habe. — Wenn ich aber jemals in die Gelegenheit kommen sollte, meinen Wählern gegenüber zu stehen, so würde ich ihnen einfach sagen: Ich habe mich redlich bemüht, durch mein Votum die Machtstellung des Landes zu bewahren, und an meinem bescheidenen Theile mich bestrebt, den Frieden zu erhalten und zu fördern zwischen den constituirten Gewalten dieses Landes. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Dr. Sneyt: Als die Gesetzgeber von 1808 unsern Staat reformirten, haben sie ganz richtig, daß derselbe einer Verfassung bedürftig sei; dann wurde die Zusage des Erlasses einer ständigen Verfassung ertheilt. Erst 33 Jahre später begann man mit der Ausführung dieses Versprechens. Dem Zwischenzustande verdankt das Vaterland die gegenwärtige Sachlage. Da Ständebeschlüsse nicht vorhanden, so suchte die Verwaltung die erforderlichen Summen auf anderen Wegen zu erlangen, auf dem Wege des Reglements. Einen treuen Ausdruck hat dieser Zustand gefunden in der gestrigen Rede des Kriegsministers und in der heutigen Rede des früheren Finanzministers. Mit anerkennenswerther Präcision habe der Kriegsminister die vorliegenden Fragen zusammengefaßt: die Finanzfrage — er erklärt sie für erledigt, die Zweimäßigkeitsfrage — er hält sie für erledigt, die Rechtsfrage — sie ist noch zu erledigen. Ich will mich bemühen, ihm eben so kurz und präcis zu antworten.

Die Finanzfrage! Ich glaube man hält sie sehr gern für erledigt — nämlich im Militairdepartement. (Heiterkeit.) Die Mittel sind allerdings vorhanden, mehr als ausreichend vorhanden, noch aber ist die Finanzfrage nicht erledigt; sie wird es in wenigen Tagen sein. Das Abgeordnetenhaus, welches diese Frage allein entscheiden kann, wird nach gewissenhafter Erwägung der Finanzverhältnisse des Landes seine sachverständige Entscheidung fällen. Dann wird die Finanzfrage erledigt sein! (Bravo!)

Die Zweimäßigkeitsfrage: Ich zweifle nicht, daß die große Mehrzahl der Militairs die Frage damit für erledigt hält, daß die Armee an Kriegstüchtigkeit gewinnt, weil eine Anzahl neuer Officiersstellen creirt worden ist u. s. w. Erledigt ist die Frage aber erst, wenn sie die drei Stadien der Gesetzgebung durchritten haben wird, diese Frage, welche von dem Standpunkt einer Verurtheilung schwer zu entscheiden. In der Erklärung des Herrn Kriegsministers finde ich nur das Geständniß, daß die Regierung einseitig vorgegangen ist, daß sie in dieser schwierigsten und verwickeltesten Frage nur die eine Seite gehört hat.

Die Rechtsfrage! Ich will mich heut nicht einlassen in den Streit über die Auslegung des § 15 des Gesetzes vom 13. September 1814. Ich kann mir denken, daß eine Verwaltung sehr wohl geführt werden kann ohne irgendwelche formelle Vertretung der Gesetze, und daß doch alle gesetzlichen Bestimmungen vollständig auf den Kopf gestellt werden. Es giebt noch ein Recht, das die Verwaltung verletzen kann außer dem geschriebenen Gesetz, das ist das Recht des Landes: die Verfassung der Armee, die Verfassung des Landes kann sehr wohl verletzt werden ohne Verletzung des geschriebenen Gesetzes. — Ich will mich darauf beschränken, diesen Punkt zu erörtern; die Regierung hat den Versuch gemacht, ihrer militairischen Organisation eine gesetzliche Grundlage zu geben in den Entwürfen von 1860. Die Annahme dieser Entwürfe hätte der Landesvertretung eine Sicherheit, eine Basis gegeben. Die damals dagegen erhobenen Bedenken waren dieselben, welche von einer ordentlichen Gesetzcommission erhoben worden wären, Bedenken so unabweisbarer Art, daß wie in jenem Stadium sie in jedem späteren Stadium wiederkehren müssen, daß sie wiederkehren sind in dem einstimmigen Beschlusse ihrer Budgetcommission, in der einstimmigen Ansicht, wie ich glaube fast aller Redner dieses hohen Hauses. Es wird nicht gelingen, diese Bedenken zum Schweigen zu bringen. (Bravo!) All dieser Bedenken hat sich die Regierung,

oder, wie ich wohl correcter sagen muß, das Militairdepartement entledigt, indem man den Weg der Gesetzgebung überhaupt verlassen hat: Alles, was zur Durchführung der Reorganisation gehört, hat man durchgeführt ohne Gesetz, so als ob Alles schon feststände. Und nachträglich ist die Regierung zu der Einsicht gekommen, daß sich das Recht der Landesvertretung auf die eine Frage reducire: „Ist Geld da?“ und wenn Geld da ist, so erfordere es dann doch der patriotische Sinn der Landesvertretung, diese Frage zu bejahen. Wenn das Militairdepartement im Ernst glaubt, in dieser Weise fortzuprobieren zu können, dann darf man ihr im Voraus sagen: eine solche Art der Gegenüberstellung ruiniert beide — Ihr Heer und Ihre Finanzen! (Bravo!), es kommt dahin, daß die militairischen Sachverständigen das Heer so einrichten, daß nie Geld da ist, und daß die finanziellen Sachverständigen zuletzt mit einer Engherzigkeit auftreten, daß unser Staatsleben dabei zu Grunde geht (lebhaftes Zustimmung). Wollen Sie uns herabsetzen und uns so herabsetzen zu einer misera plebs contribuens, daß Sie vom Hause nichts fordern, als Geld! Geld! Geld! und nach nichts andern fragen als ob Geld da ist, dann erwarten Sie von einem solchen Hause auch nicht die Fähigkeit zu großen patriotischen Gefühlen und Erhebungen, die zur Erhaltung des Staats erforderlich werden können! (Bravo.)

Es handelt sich hier um eine Alternative, die, bisher unklar gehalten, die Wurzel alles Uebels ist. Es handelt sich doch eigentlich darum: Sieht die Regierung die Reorganisation nur als eine vorübergehende Kriegsbereitschaft resp. Experiment an, oder aber als ein dauerndes, organisches Schuttmittel des Staates? Im letzteren Falle erwächst für die Regierung eine dauernde Pflicht. Kann eine solche anders constituirte werden, als durch das Gesetz? (Auf: Sehr richtig!) Statt dessen wird mit departementalen Maßregeln in ein Gebiet eingedrungen, welches eben nur der Gesetzgebung angehört, und dadurch wird die Existenz der Armee alljährlich den Eventualitäten einer bloßen Budgetberathung, einem Handel, Preis gegeben! Noch entschiedener müssen wir protestiren gegen die Art, mit welcher die Regierung wie in der Parteischrift eines Advokaten versucht, aus conclusenten Handlungen zu deduciren, die Landesvertretung habe die Pläne des Militairdepartements acceptirt (Bravo.) Die Regierung bringt die Militairfrage in das Schnürleib der Budgetberathung und läßt uns nichts weiter übrig, de facto und de jure, als zu streichen. Man fragt, wo habe die hier vorliegende Gesetzesverletzung begonnen. M. G. Mit dem Augenbilde, wo der frühere Herr Finanzminister die Reorganisation für ein Fait accompli erklärte! Aus der provisorischen Kriegsbereitschaft, dem definitiven Provisorium wurde ein provisorisches Definitivum (Heiterkeit!) Der Redner geht nun mit einigen Worten auf die technischen Fragen ein und beleuchtet zunächst die Mißstände, welche aus der bezogenen Stellung der Garde vor der Linie entstehen, um dann eine gründliche Erörterung der Frage über die Landwehr nach ihrer doppelten Bedeutung in Bezug auf den Rechtspunkt, wie auf die Kriegstüchtigkeit folgen zu lassen. Die Landwehr ist in ihrem jetzigen Zustande kriegsunfähig geworden. Die Gesetze werden aber eben so sicher verlegt, wenn man sie systematisch außer Anwendung setzt, als wenn man direct gegen sie verstößt. Die heutige Landwehr verändert den politischen Charakter des Heeres. Wenn man von Herstellung der Landwehr spricht, so ist damit nicht die einer bestimmten Epoche zu meinen, sondern die Herstellung einer möglichst guten Landwehr. Die Frage über die Kriegstüchtigkeit der Landwehr eben bewegt sich in vollkommenem Zirkel. Die Landwehr ist aller Verbesserungen fähig, deren die Linie fähig ist, denn sie nimmt ja nur die fertige Linie auf. Je kriegstüchtiger, je gewandter das stehende Heer, um so kriegstüchtiger und gewandter die Landwehr. Die Landwehr ist Alles, was das stehende Heer aus ihr macht. Ihr Offiziercorps geht hervor aus der Blüthe des Landes, und dürfte so viel werth sein als das, was die Schn.-Presse liefert. Keine Armee Europa's hat so vorzügliches Material, als unsere Landwehr herstellt. In ihr die Wehrkraft zu verstärken, dazu wird ein Jeder die Hand bieten. Möge man die Rücksicht gegen die militairischen Autoritäten, die dagegen, aus den Augen sehen. Die höchsten militairischen Autoritäten sind die Stifter der Landwehr gewesen, deren Princip man nicht besser ausdrückt, als indem man sagt, daß sie den Bürger zum Kriegsmann macht und den Kriegsmann zum guten verträglichen Bürger. Daß die Landwehr nicht gehegt wird, ist begreiflich genug; es werden Gesetze über die Landwehr gegeben, ohne daß ein Vertreter derselben an maßgebender Stelle vorhanden ist. — Der Redner kommt darauf zurück, daß Abänderungen von so ungeheuren Dimensionen die Verfassung berühren und führt aus, wie es geschehen, daß in der Bevölkerung eine tiefe Abneigung gegen die neue Armeeorganisation herrsche. Seit den 14 Jahren, daß unsere Verfassung besteht, ist der Bevölkerung nach und nach fühlbar geworden, wie die Lasten für die Armee mit der Veränderung der Organisation gewachsen. Dazu sei alles ohne Feststellung durch ein Gesetz ausgeführt, und zwar unter einer verfassungsmäßigen Regierung ohne Gesetz.

Die Staatsregierung, schließt der Redner, befindet sich unmittelbar auf dem schlüpfrigen Wege zu einer parlamentarischen Regierung. Daß die Loyalitäts-Verbindungen der Nation die Wahrheit gewesen sind, daß die Verbindung der Institution der Armee mit dem Budget eine Unmöglichkeit ist, das scheint der klarste Beweis dafür, daß wir eine parlamentarische Regierung nicht wollen. Deshalb stimmen wir auch gegen die Amendements. Dieselben sind gutgemeinte Mittelwege; bewilligen Sie heute aber provisorisch, schieben Sie den definitiven Abschluß immer wieder hinaus, lassen Sie diesen Zustand chronisch werden, dann haben Sie die parlamentarische Regierung fertig. (Sehr richtig!) Nur durch ein entschlossenes und entschiedenes Nein können wir der Regierung selbst eine Mahnung zurufen, inne

zu halten auf dem Wege, der für sie und die Armee gefährlicher ist als für das Haus. Im Jahre 1860 hatte man den declarirten Nothstand eines drohenden Krieges, 1861 einen experimentalen Zustand, und heute muß ein Gesetz vor uns liegen; die bloße Versicherung genügt uns nicht. Und nicht nur mit dem Gesetz muß die Regierung vortreten, sondern zugleich mit der Erklärung, daß sie ernstlich entschlossen ist, dasselbe durch alle Stadien durchzuführen, welche ein Gesetz leider bei uns durchmachen muß. (Bravo.) Mit dem Gesetz in der Hand wird die Indemnität nicht verweigert werden, aber (nach der Ministerbank deutend) wir haben doch keine Verpflichtung, Ihnen diese entgegen zu tragen. (Bravo.) Ich will der Regierung einmal zugestehen, daß Alles, was geschehen, bona fide geschehen ist, so dürfen Sie aber auch glauben, daß wir im guten Glauben handeln und daß wir nicht bloß im guten Glauben, sondern auch im guten Rechte sind. (Bravo.) Wenn wir wirklich einen Augenblick schwankend gewesen sind in dem Gebrauche unseres Rechts, so haben wir alle dringende Veranlassung zu bedenken, welche Folgen das abnorme Verfahren auch für die königlichen Prärogative haben würde, und wenn wir uns das überlegen, dann kommt zu unserm guten Recht und unserm guten Glauben auch das Bewußtsein unserer guten Pflicht, die wir erfüllen, wenn wir Nein sagen. (Lebhaftes Bravo links und im linken Centrum.)

Kriegsminister v. Roon: Um die Schlußsätze des sehr beredten letzten Redners durch eine Auflösung seiner Voraussetzungen zu widerlegen, dazu gebracht es mir an parlamentarischer Erfahrung. Ich kann nur Einzelnes meiner Kritik unterwerfen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Der geehrte Abg. hätte seinem ausgesprochenen Verlangen nach Verständigung nur eine demselben entsprechende Wendung folgen lassen müssen. Doch will ich bezugsgeachtet nicht die Aufrichtigkeit seiner Wünsche bezweifeln, da er sie so feierlich und eindringlich ausgesprochen hat. Ich unterschreibe in gewisser Einschränkung seine Klage, daß die Existenz der Armee zu einer Budgetfrage wird. Diesen Uebelstand haben aber alle constitutionellen Staaten gemein. Es ist mein vollkommen wohlerwogener Ernst, wenn ich glaube, daß diese Frage ein für alle Mal aus der Welt geschafft werden kann, wenn man sich über gewisse Vorbedingungen einigt und die Organisation des Heeres gesetzlich feststellt. Das tiefe auf eine normale Organisation und auf ein normales Budget hinaus. Zu einer derartigen baldigen Regulirung der Frage muß aber von beiden Seiten der gute Wille hinzugebracht werden, muß billige Rechnung getragen werden den Ansichten und Bedürfnissen, wie sie geltend gemacht werden von der einen, wie von der andern Seite. (Beifall.) Ich glaube aber, daß, wie die tägliche Erfahrung lehrt, bei dem Conflict der Meinungen und Interessen nicht wohl erwartet werden kann, daß wir das glückliche Ende einer solchen Vereinbarung erreichen, wenn nicht freudige Opferwilligkeit zu dem definitiven Arrangement hinzugebracht wird. Die einzelnen Aeußerungen des letzten Redners über die Landwehr waren mir theils neu, theils unverständlich; erst aus dem stenographischen Bericht werde ich Alles durchblicken können, und die Beredamkeit seines Vortrages ermangelte der Popularität, deren ich bedarf. Ich unterschreibe seine Bemerkung, über die Landwehroffiziere, und zwar nicht bloß aus Decenz. Preußen ist allen Ländern darin voraus; daß die ganze gebildete Bevölkerung des Landes einen Grad militairischer Ausbildung erlangen muß, ist der große Vorzug unserer Wehrverfassung; nur der Hinblick auf diese Eigenthümlichkeit giebt mir die Beruhigung über alle Besorgniß, gegenüber unserm übermächtigen Nachbar; ein Volk, welches in seiner Armee alle Intelligenz, alles Feuer, die ganze Jugendkraft und den Patriotismus des Landes vereinigt, kann eine größere Zahl sehr wohl compensiren. Der fogen. „Schnellpresse“, von welcher der Vortredner sprach, habe ich selbst das Handwerk zu legen gesucht. Auch ist die Landwehr nicht kriegsunfähig geworden durch die Verwendung des Materials für neue Regimenter, sondern jeder Landwehrmann, der jetzt zu den Fahnen gerufen wird, kann sofort mit allen Requisitionen des Verpflegungsstat wohl ausgerüstet werden. Dies Bedenken bitte ich, endlich fallen zu lassen. Die Verdoppelung des Gardecorps hatte einfach ihren Grund in den öconomischen Notirungen und Verhältnissen der Landwehrorganisation selbst. Die Vermehrung mußte nach der Zahl der Garde-Landwehregimenter selbst eintreten. Auch das volkswirtschaftliche Interesse des Landes ist dabei nicht verletzt, denn die neuen Garderegimenter sind ihren provinziellen Verbänden nicht entzogen. — Ich wende mich jetzt zu der wahrhaft staatsmännischen Rede des verehrten Abg. für Stargardt. Nicht aus Bequemlichkeit, oder irgend welcher Besorgniß vor unangenehmen Conflicten ercheinen mein College und ich in den Sitzungen der Budgetcommission nicht. Uns liegen noch andere Verpflichtungen ob, und überdies stand durch die bekannt gewordenen Partei-Vorbeschlüsse das Votum der Commission unumstößlich fest. Auf die Frage der 2 oder 3jährigen Dienstzeit kann ich deshalb nicht eingehen, weil es sich hier nur um die Budgetfrage handelt, die principiellen Streitfragen jedoch nur bei einem bezüglichen Gesetz zum Austrag gebracht werden können. Sein Citat in dieser Hinsicht ist aber völlig werthlos. Den General Krauseneck habe ich auch die Ehre gehabt zu kennen, und daß dieser die 2jährige Dienstzeit für zulässig erklärte in einem Augenblick, wo er gefragt wurde, ob es nicht unter Berücksichtigung der Finanzverhältnisse des Landes möglich sei, darauf zurückzugehen, finde ich vollständig erklärlich. Indeß kann diese Autorität ebenso wie die des Gen. v. Grolmann nicht entscheidend sein. Ich will diese Frage nicht ausführlich discutiren, weil ich glaube, daß dieser Augenblick dazu nicht geeignet ist. Wenn an mich die Aufforderung gerichtet ist, mich in Betreff der Landwehr zu den Anschauungen meines Amtsvorgängers zu bekennen, so kann ich nur sagen, daß ich mich für die Landwehr unzweideutig ausgesprochen und mich nie gescheut habe, die Erbschaft des Generals

v. Bonin anzutreten, und zwar in einer Ausdehnung, von der die Meisten keine Ahnung haben. Was meine Stellung zur Armeereorganisation anbelangt, so sind die darüber kursirenden Angaben der Presse entnommen und da die Presse von Vermuthungen und Unrichtigkeiten lebt, so kann ich mich über diese Gerüchte nicht wundern. Aber ich erkläre sie für unwahr. — Ich bin am 5. Dec. 1859 zum Kriegsminister ernannt und habe im Januar 1860 bereits dem Hause gegenübergestanden. In so kurzer Zeit arbeitet man keinen Reorganisationsplan aus. Ich habe die Reorganisation vorgeschrieben, und was von einer Reorganisation gesprochen wird, ist eitel Wind (Heiterkeit). — Wenn die Regierung Fehler gemacht hat, und ich räume ein, daß sie deren beging, so besteht der größte darin, daß sie sich 1860 auf Transaktionen eingelassen, und das Provisorium angenommen hat. Es hätte sich empfohlen, die Armeereorganisation zunächst mit allen Mitteln, die sich irgend darbieten, durchzuführen zu versuchen und erst, wenn die Frage im Plenum gefallen, zu Transaktionen zu schreiten. Das Geld war ausdrücklich zu dem Zweck bewilligt, die Armee kriegsbereit und streitbar zu machen. Die dazu erforderlichen Schritte mußten gethan werden. Der Mangel des früheren Zustandes lag vornehmlich darin, daß durch die Kriegsbereitschaft auch die Theile des stehenden Heeres auseinandergerissen wurden. Deshalb war die Aufgabe, schon im Frieden die Rahmen zu schaffen, in welche die Streitkräfte einzutreten. Das war der Gedanke der Reorganisation, das habe ich erreicht. Zum Erinnern neuer schöpferischer Ideen, nur um die 9½ Millionen in schädlicher Weise unterzubringen, war keine Veranlassung. Ich war im guten Glauben. Und die Landesvertretung von 1861 hat durch die Bewilligung der Mittel zur Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft, wenn auch im Extraordinarium, dies Verfahren gebilligt. Von einer Gesetzesverletzung kann also in keiner Weise die Rede sein. Es hätte ja gar keinen Sinn gehabt, im Jahre 1860 die 9½ Millionen anzunehmen, wenn mit der Bewilligung zugleich dies Todesurtheil von so und so viel Bataillonen hätte gesprochen sein sollen. Wenn nun im März d. J. die Reg., der Sie so gern Ihr Mißtrauen bezeugen, damit begonnen hätte, die Armee zu desorganisiren, dann hätten Sie allerdings ein Recht gehabt, derselben Ihr Mißtrauen zu bezeugen! — Von einer Kluft zwischen dem Militär und einem Theil des Volkes habe ich allerdings neulich gesprochen, aber nicht von einer Armee und dem Volke. Die Schuld davon trägt, nach meiner Ansicht, ein gewisser Theil der Presse und eine gewisse Partei, welche es seit 1848 für ihre Aufgabe hält, die Armee anzuheulen. Und ich bitte Sie, meine Herren, doch dafür zu sorgen, daß diese Anfeindungen aufhören; dann wird auch die Mißstimmung der Armee aufhören. Die Armee bedarf des Selbstvertrauens; durch die fortwährenden, unbegründeten Vorwürfe wird die Armee entweder wirklich schlechter oder verbittert. Die Zeiten von vor 14 Jahren, wo man von verbitterter Soldateska sprach, sind glücklicherweise vorüber, aber eine viel gelesene hiesige Zeitung hat noch jüngst sich des Ausdrucks „Söldnerheer“ bedient. Untere Kinder, unsere Söhne, unsere Brüder sind also Söldner? Allerdings erhält die Armee Sold, aber auch der Beamte wird vom Staate besoldet, und wer nennt ihn je einen Söldner? — Es mag zugegeben werden, daß die Armee nicht aus lauter Musterknaben besteht, die Erceße sind aber immer nur die Einzelnen und sind streng geahndet worden. Es giebt keine Armee, in welcher die Disciplin straffer ist, als in der unsrigen; daß es ihr an der Kriegserfahrung der Armeen einzelner unserer Nachbarstaaten fehlt, ist nicht die Schuld, das ist die Trauer der Armee! Ich bitte, nicht die Ausschreitungen Einzelner der Gesamtheit anzurechnen (Beifall).

Ein Vertagungsantrag wird angenommen, es folgen persönliche Bemerkungen.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

Telegraphische Depeschen des „Danziger Dampfboots“.

Warschau, Montag 15. September.

In der vom Abel unterzeichneten Adresse soll es unter Anderem heißen: Es sei die Meinung der Unterzeichneten, daß die gegenwärtigen strengen Maßregeln keine Einigung hervorrufen würden, nur dann würde das Land zu einer Einigung kommen, wenn ihm die auf Grund des historischen Bodens verbrieften Rechte wieder bewilligt werden. Der Ton der Adresse soll ehrfurchtsvoll aber energisch gehalten sein.

Turin, Montag 15. September.

Die „Gazette ufficiale“ erklärt, daß die Regierung der Gerechtigkeit freien Lauf lassen werde. Da ausständigen Handlungen in mehreren Provinzen stattgefunden haben, so bleibe nur übrig einen Affenshof zu bestimmen, der das Urtheil über die Rebellen spreche.

London.

Berlin, 15. September.

— In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses warnte der Finanzminister eindringlich vor der Annahme der Kommissionsanträge. Bei der Adressdebatte sei Verwahrung erhoben worden gegen die Absicht, den Schwerpunkt des Staates zu verlegen. Die Annahme der Kommissionsanträge würde den Schwerpunkt in das Abgeordnetenhaus verlegen. Diese Frage berühre zudem den obersten Kriegsherrn. Graf Schwerin sprach für die zwei-

jährige Dienstzeit. Graf Bernstorff beschwor die Versammlung, die Kommissionsanträge abzulehnen, und erklärte, die Regierung bedürfe nicht der Unheimlichkeit. Es sind hier verschiedene Gerüchte über Auflösung oder Vertagung der Kammer im Umlauf. Allem Anscheine nach steht die Entscheidung nahe bevor.

— Aus Reinhardtsbrunn, 10. Sept., schreibt die „Kob. Ztg.“: Nach hier eingetroffener Nachricht hat gestern in Brüssel die Verlobung des Prinzen von Wales mit der Prinzessin Alexandrine von Dänemark stattgefunden.

— Der königl. Hofrath Schulz und der Lieutenant Graf zu Eulenburg sind vorgestern mit dem Nachtzuge nach Eydtkuhnen an der russischen Grenze abgereist, um auf diesem Stationsorte die Ankunft der Japanesen zu erwarten, welche gestern Petersburg verlassen und ihren Rückweg über Berlin nehmen wollen. Für die japanesische Gesandtschaft wird in Eydtkuhnen ein Separatzug bereit gehalten, mittels dessen sie unverzüglich die Fahrt nach Berlin fortsetzt. Im Hotel de Brandebourg ist bereits für die japanesische Gesandtschaft Quartier gemacht, jedoch nur für eine Nacht, da am folgenden Morgen schon die Reise nach Posen angetreten werden soll.

— Ueber die österreichische Haltung in der schleswig-holsteinischen Frage wird der Wiener Presse von zuverlässiger Seite Folgendes mitgetheilt: Oesterreich erhebt keinen Einwand gegen Dänemark als Gesamtstaat, fordert aber, daß das Verhältniß Holsteins und Lauenburgs zum Bunde ungeschmälert gewahrt bleibe. Was Schleswig anbelangt, so geht es eigentlicher den deutschen Bund nichts an, nichtsdestoweniger muß Oesterreich darauf bestehen, daß jenes Versprechen, welches das Wiener Cabinet als Entgelt seiner Intervention (im Jahre 1850) von der dänischen Regierung zu Gunsten Schleswigs erlangt und zugesagt erhalten hat, auch eingehalten werde. Die Hauptsache, um die es sich bei diesem von Dänemark zu Gunsten Schleswigs damals gemachten Versprechen handelt, ist, daß Schleswig nicht incorporirt, und daher auch nicht majorisirt werden soll. Das ist der österreichische Standpunkt, und wie uns versichert wird, hatte der neue dänische Gesandte General v. Bülow in den letzten Tagen bereits Gelegenheit, vom Grafen Rechberg diese Ansicht des österreichischen Cabinets kennen zu lernen. Eine Eiderdänen-Politik wird Oesterreich nie und nimmer billigen, sei nun der Vertreter Dänemarks Graf Wille-Brähe, oder Generalleutnant v. Bülow, der übrigens, wie wir hören, selbst ein Schleswiger ist.

— Ein stark cursirendes Gerücht wollte wissen, die Kaiserin von Oesterreich wäre in Kissingen von einer Bauersfrau aus Deisenhofen (an der München-Rosenheimer Linie) von ihren Leiden „curirt“ worden, wodurch sogar der Hofmarschall der herzoglichen Familie veranlaßt wurde, Namens der Mutter der Kaiserin, jenes Gerücht öffentlich zu dementiren. Die erwähnte Bäuerin aber hat seitdem einen solchen Zulauf von Hülfsuchenden aus den besten Ständen bekommen, daß die Sache allgemein auffiel. Sie stand auch heute vor dem Bezirksgerichte und wurde wegen Quacksalberei in eine Geldstrafe verurtheilt. Der Zudrang zur Verhandlung war außerordentlich.

Turin, 7. Sept. Es liegen nicht allein alle Berichte der (mitgefangenen) Aerzte Garibaldi's, sondern auch die der andern nach Spezia gerufenen Aerzte über die Wunde vor uns; diese Bulletins werden täglich erscheinen. Die Nachricht, daß die Kugel am 5. Septbr. herausgezogen wurde, bestätigt sich leider nicht; die Verwundung des Fußgelenks ist eine sehr bedeutende, mit Knochenbruch complicirte und Viele fürchten, daß eine Amputation des rechten Fußes nothwendig sein werde. Der letzte Bericht lautet, daß die Entzündung sich über den Fuß weiter verbreite.

Kopenhagen, 9. Sept. „Dagbladet“ theilt heute „aus einem Briefe eines Reisenden“ einiges über den Unterricht im Deutschen in den schleswig-holsteinischen Schulen mit, wovon Notiz zu nehmen. In Flensburg hätten früher nur 2 Parteien existirt, aber in Folge der Sprachverhältnisse hätte sich jetzt eine dritte gebildet, deren Mitglieder früher entschieden dänisch gestimmt gewesen wären, aber nun zwischen den beiden Parteien stehende, d. h. sich bedeutend der deutschen Seite hinneigende. Diese Leute forderten, daß ihre Kinder ordentlich deutsch lernen sollten, das könnten sie in den flensburger Schulen nicht und müßten deshalb in deutsche Schulen gesandt werden. Von einem Beamten aus Hadersleben sei geäußert worden, daß in der dortigen gelehrten Schule der Unterricht im Deutschen so mächtig sei, daß die aus dieser Schule hervorgegangenen Studenten weit davon entfernt wären, der Sprache mächtig zu sein, und also unfähig, später als Beamte im gemischten Sprachdistrikt und noch weniger in rein deutschen Distrikten angestellt zu werden. Es ist wohl das erste Mal, daß hiesige Blätter Klagen über zuweit gehende antideutsche Bestrebungen aufnehmen.

London, 12. Sept. In der heutigen „Times“ liegt ein ausführlicher Bericht über den Nothzustand der Arbeiter von Stockport (bei Manchester) vor.

Er gleicht in seinen Hauptzügen den aus anderen Orten mitgetheilten. Noth überall, leere Straßen, unbezahlte Miete, geschlossene Läden, viel Bettel, ungenügende Unterstützung, dabei vortreffliche Haltung der Arbeiter, und was sich nicht von allen Orten sagen läßt: große Mißthätigkeiten der Fabrikeigenthümer. Auch in Stockport hat, seit die Fabriken ganz und theilweise feiern, die Zahl der Verbrechen und Polizeübertretungen abgenommen, und die Zahl der Kranken- und Todesfälle hat sich nicht vermehrt.

— Lord Palmerston hat, auf Ansuchen des hiesigen Garibaldi-Ausschusses, den britischen Gesandten in Turin auf telegraphischem Wege ersucht, dem von hier zu Garibaldi abgeschickten Arzte Mr. Partridge die Erlaubniß, zum Kranken zugelassen zu werden, zu erwirken.

— Unmittelbar nach dem Eintreffen der „Scotia“ verbreitete sich die Nachricht, daß in Newyork das Gerücht verbreitet sei, ein Dampfer oder ein großes Segelschiff stehe in der Nähe von Montauk Point in Flammen, und ward dies allgemein auf den „Great Eastern“ bezogen, da die „Persia“, die gleichzeitig am 16. August mit dem „Great Eastern“ Liverpool verließ, auf ihrer Reise nach Newyork nichts von demselben gesehen hat.

Newyork, 25. Aug. In der „Newy. Trib.“ vom 20. d. erschien ein offener Brief von Horace Greeley an den Präsidenten Lincoln, worin diesem Namens der größten Masse derjenigen, denen er seine Erwählung verdankt, die Ueberzeugung ausgesprochen wurde, daß der Kampf gegen den Süden nur dann gelingen könne, wenn er ein Kampf gegen die Sklaverei sei. In berebter Weise setzte Herr Greeley auseinander, daß überall im Lande Sklaverei und Illoyalität, freie Arbeit und Loyalität cooperiren, daß fast in allen Fällen, wo Sklaventhaler Loyalität kundgaben, dies nur eine scheinbare, unaufrichtige, bedingungsweise sei, und daß daher, selbst wenn es gelänge, den Süden ohne Zerstörung der Sklaverei militärisch zu unterwerfen, dadurch nur ein Waffenstillstand auf einige Jahre, nicht ein dauernder Friede gewonnen sein würde. Der Schwerpunkt des offenen Briefes aber lag nicht in diesen allgemeinen Betrachtungen, sondern in einer bestimmten Aufforderung an den Präsidenten, seiner Pflicht getreu die Landesgesetze zu vollstrecken. Ein von ihm selbst sanctionirtes Gesetz verordne die Freiheit aller Sklaven, deren Herren Rebellen sind; — die Vollstreckung dieses Gesetzes sei bisher unterblieben und zwar durch die Schuld des Präsidenten. Denn seine Pflicht sei es gewesen, die Militärbefehlshaber davon amtlich in Kenntniß zu setzen und von ihnen strengen Gehorsam zu fordern.

Präsident Lincoln hat darauf folgendes geantwortet:

Washington, 22. August 1862.

Geehrter Herr! Ihre durch die „Newy. Trib.“ an mich gerichtete Zuschrift vom 18. d. M. habe ich gelesen. Wenn sie Angaben von assumirten Thatsachen enthält, von denen ich weiß, daß sie irrig sind, so will ich hier und jetzt mich nicht auf eine Anfechtung derselben einlassen. Wenn sie Schlüsse enthält, die ich für falsch halte so will ich nicht hier und jetzt sie erörtern. Wenn sich darin ein gereizter und annähernder Ton zeigt, so will ich aus Rücksicht auf einen alten Freund, von dem ich weiß, daß sein Herz auf dem rechten Fleck sitzt, davon Umgang nehmen. — Was die Politik betrifft, die ich, wie Sie sagen, „zu befolgen scheine“, so ist es nie meine Absicht gewesen, irgend Jemanden darüber in Zweifel zu lassen. — Ich will den Bundesverband retten. Ich will ihn auf dem kürzesten Wege retten, den es unter der Bundesverfassung giebt. Je eher die Bundesautorität wieder hergestellt werden kann, desto ähnlicher wird die Union der „Union“, wie sie war, sein. Wenn Jemand die Union nur unter der Bedingung retten will, daß zugleich die Sklaverei gerettet werde, so stimme ich nicht mit ihm überein. Wenn Jemand die Union nur unter der Bedingung retten will, daß zugleich die Sklaverei zerstört werde, so stimme ich mit ihm ebenfalls nicht überein. Mein Hauptzweck ist die Rettung der Union, und nicht die Heiligung oder Zerstörung der Sklaverei. Wenn ich die Union retten könnte, ohne einen einzigen Sklaven frei zu machen, würde ich es thun, und wenn ich sie dadurch retten könnte, daß ich alle Sklaven frei machte, würde ich es thun; und wenn ich sie dadurch retten kann, daß ich einen Theil der Sklaven frei mache und einen andern Theil nicht, werde ich auch das thun. Was immer ich in Bezug auf die Sklaverei und die Neger thue, thue ich, weil ich glaube, daß es zur Rettung der Union beitragen kann, und was ich unterlasse, unterlasse ich, weil ich glaube, daß es nicht dazu beitragen kann. Ich werde weniger thun, wenn ich glaube, daß was ich thue der Sache schadet, und ich werde mehr thun, wenn ich glauben kann, daß es der Sache nützt. Ich werde mich stets bemühen, Irrthümer abzulegen, wenn mir bewiesen wird, daß es Irrthümer sind, und ich werde auf neue Gesichtspunkte eingehen, sobald ich sie als richtig erkenne. — Ich habe hier meine Tendenz in Gemäßheit meiner Auffassung von meinen amtlichen Pflichten dargelegt. Mein oft kundgegebener persönlicher Wunsch, daß alle Menschen allüberall frei sein möchten, wird dadurch nicht modificirt. A. Lincoln.

Sierzu Beilage.

Neuestes Telegramm.

Warschau, Dienstag den 16. September.
Angekommen in Danzig 1 U. 35 M. Nachm.
Der heutige „Dziennik“ publicirt:
Eine Anzahl Edelleute hielten illegale Versammlungen bei Jamoycki; verfertigten eine Adresse mit mehreren, die Institutionen überschreitenden Forderungen; in Folge dessen Jamoycki, Behufs Verantwortung vor dem Monarchen, nach Petersburg abgeschickt worden ist.

Paris, 13. Sept. In Betreff des Unfalls der sich auf der Rheide von Gibraltar ereignet hat, macht der „Moniteur“ heute den wirklichen Sachverhalt bekannt. Die von Toulon am 2. resp. 5. September abgegangenen Linienfahrzeuge „Fleurus“ und „Prinz Jerome“ hatten von Algier und Oran Truppen abgeholt, welche nach Mexiko übergeführt werden sollten. Als der „Prinz Jerome“ sich in der Meerenge von Gibraltar befand, bemerkte man an Bord Rauch, der aus dem Innern der Wandung kam. Man ging alsbald vor Anker, schlug Böcher in die Wandung und bewältigte das Feuer. In den ersten Tagen wird das Schiff nach Toulon zurückkehren können, um dort ausgebessert zu werden. Die an Bord gewesenen Truppen, welche beim Brande gleich ans Land gesetzt und von den englischen Behörden höchst gastfrei aufgenommen wurden, sollen auf dem am 11. Sept. von Cherbourg nach Gibraltar abgeschickten Transportschiff „Dryade“ wieder eingeschifft werden.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 16. September.
— Gestern Abend ist die Schrauben-„Gazelle“ den Prinz-Admiral an Bord, von England hieher zurückgekehrt und ist auf der Rheide vor Anker gegangen. Dieselbe wird von der Werft nunmehr ihre Schießübungs-Munition empfangen und die Schießübung selbst in den ersten Tagen künftiger Woche bei Drbst abhalten. Nach beendeter Schießübung, welche nur einige Tage dauern wird, und nach erfolgter Completirung für ihre bevorstehende Reise wird die „Gazelle“ auf mehrer Jahre von Danzig Abschied nehmen. Wir wünschen derselben zu ihrer langen beschwerlichen Reise nach Ostasien Glück und hoffen, daß dieselbe dort ihren Zweck ehrenvoll erfüllen und seiner Zeit hier wieder wohlbehalten zurückkehren wird.

— Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat Hr. Ministerialrath Hobrecht seine Weidung um die Oberbürgermeisterstelle unserer Stadt zurückgezogen. Nachdem dies geschehen, hat Hr. Geheimrath Reg.-Rath v. Winter erklärt, daß, da „sein Freund“ freiwillig zurückgetreten, er, falls die Wahl ihn treffen sollte, dieselbe anzunehmen geneigt sei.

— Die durch den Tod des Bureau-Vorsteher Klose erledigte Magistrats-Secretair-Stelle ist in der gestrigen Magistrats-Sitzung durch die Wahl des Civil-Super-numerarius und Actuarius 1. Kl. Hrn. Treuge besetzt.

— Die in Zoppot zum Bade anwesenden reichen polnischen Adels-Familien haben eine Summe Geldes zusammengeeschossen, mit welcher dieselben eine Kapelle zu ihren täglichen Andachtsübungen erbauen lassen wollen; zu welchem Zwecke sie jetzt ein Privatlotal benutzen. Ihren katholischen Geistlichen bringen die Polen alljährlich aus der Heimat mit.

— Heute Vormittag unternahm eine Escadron Husaren nebst Munitionswagen eine Uebungsfahrt auf der Eisenbahn.

— Heute soll, wie das Gerücht geht, ein hiesiger Post-Expedient wegen entdeckter Unterschleife durchgegangen sein.

— Am Sonntag Abend geriethen einige von den auf der Rheide liegenden Kriegsschiffen „Gefion“ und „Hela“ beurlaubten Seefolbaten und Marinematrosen in einem Tanzbaue zu Reusfahrwasser in heftigen Streit, der in eine Prügelei ausartete, wobei einer derselben einen Messerstich erhielt. Mit Hilfe der requirirten Wachmannschaften wurden fünf Theilnehmer arretirt.

Stadt-Theater.

Wir müssen der Direction unsern warmen Dank dafür sagen, daß sie mit Don Carlos, der hochtragischen, menschheitlich großen und den wogenden Fragen der Gegenwart so nahe verwandten Dichtung unsers Schiller den Anfang machte in der Vorführung der Tragödien. So erfüllt die Schaubühne würdig den ihr von Schiller gegebenen Beruf einer sittlichen Bildungsanstalt des Volkes. Möge die Direction in dieser edeln Bahn verharren, wenn auch die Räume nur allmählich sich von der gestrigen Leere zur materiellen Ergiebigkeit füllen sollten; möge sie der hohen Pflicht genügen, das Publikum von dem laienhaften Rebel der französischen „Subestücke“ durch den reinigenden Hauch höchster deutscher Poesie zu befreien. Sie erwarte hier nicht den Applaus der Schaaaren, welche Offenbachs Orpheus zwölft

Mal zu bewundern befähigt sind, ihr gebe der begeisterte Beifall einsichtiger Geister, wie gestern, die volle Genugthuung, welche sie von der Ausführung eines Don Carlos erwarten konnte. Die gefrigitte Vorstellung war eine für unsere Bühne im Allgemeinen gelungene — ein Lob, das bei Don Carlos zweifach wiegt, da dieses Drama nach allen Seiten hin die schwersten Aufgaben stellt. Das Zusammenspiel gelang nach Ueberwindung der ersten Hindernisse fremder Spieler, des fremden Raumes bald in den dem Feuer der Dichtung entsprechenden Fluß. Verkürzungen im Texte, obgleich hier so vielfach notwendig, waren doch geschickt angewendet, daß keine Störung des Zusammenhanges in den dicht in einander greifenden Fäden eintrat. Fräul. Demidoff (Elisabeth) in glänzender Toilette spielte mit königlichem Anstande und doch lebendiger Wärme. Ihre Aussprache ist klar, wohlklingend, gut wechsellnd, ihre Betonung fein nuancirt und mobilirt. Wie ihr Spiel der heißen Glut der Leidenschaft gewachsen, konnte die gefrigitte Rolle nicht lehren. Wir möchten Fräul. D. und einige der folgenden Künstler bitten, der Worte Hamlets eingedenk zu sein von den Spielern, welche „das Echo zwischen ihren Hacken und den Brettern lieben.“ Der Gang Elisabeths in dem Begegniß mit Carlos zu Aranjuez erinnerte uns daran. Fräul. Vertram (Eboli) müssen wir vor Allem bitten, die barocken, kurz neckischen Kopf- und Hand-Bewegungen, den trippelnden Gang sorgfältig zu meiden. Sie paßten zumal zur Rolle der Prinzessin garnicht und ließen — diese Gefahr wird in jeder ernstlichen Rolle entstehen — das Publikum zum Theile alle die übrigen großen Vorzüge ihres Spieles übersehen. Diese Vorzüge machten sich zweifellos gerade in den schwierigsten Stellen dieser schweren Partie, in der Cithen-, der Selbstverdamnungs-Szene so hervorragend geltend, daß sie bei Vermeidung jener komischen Bewegungen rauchendsten Beifall gefunden hätten. Gerade in der höchsten Steigerung der Liebesglut, der Schaam, des Schmerzes, wirkten Stimme, Ausdruck des Gesichtes, der Hände, des ganzen Körpers zur lebendigsten Harmonie des ergreifenden Eindrucks. Hr. Gilsinger (Carlos) erreichte Anfangs in seiner sich überstürzenden, fast unverständlichen Sprache, seinen zu gleichförmigen Arm-Bewegungen bange Befürchtung. Mit dem Fortgange der Handlung hob die Rolle ihn sichtbar. Mannigfach wurden die Geberden, wechsellnd und klarer die Sprache, größer das Feuer des Spieles, welches zuvor in der großen Scene mit Elisabeth zu Aranjuez so sehr fühlte, daß Carlos höchst unritterlich mit verchränkten Armen seiner Liebe Ausdruck gab. In der Schmerzens-scene am Leichname Posas gipfelte sich das Spiel zur bedeutenden Höhe, nur mußte es noch schärfer die Persönlichkeit selbst eines Carlos markiren. Ueber die Gestaltungskraft des Künstlers konnte seine Rolle als Carlos bei der schwankenden Natur dieses Characters keinen Anhalt bieten. Hr. Kurz (Posa) besitzt diese Gestaltungskraft durchaus, seine Sprache ist in Stärke, Betonung und Klarheit gut. Leider klingt das Organ nicht in allen Lagen sympathisch. Hr. Epple (Alba) entsprach seiner Rolle in der eisernen Härte der Gestalt und Stimme. Hr. Höfel (Arzt) brachte seine kleine Rolle zu wirkungsvoller Geltung. Hr. Mez (Domingo), Hr. Speer (Perma) mußten würdiger in Sprache und Geberden erscheinen. Der Preis des Abends gebührt untreitig Hrn. Reuter (Philipp). Von seinem ersten Auftreten ab hatte man hier das Fundament des bühnenkundigen Spielers gewonnen, welcher scheinbar in seiner Rolle so aufgeht, daß er des Publikums vergißt, darum auch das Publikum die Bühne vergessen läßt, indem er ihm wirkliches Leben vorführt. Die Darstellung erinnerte frappant an Desfoir in Berlin. Wir möchten eben deshalb aber auch den Künstler bitten, einen Fehler Desfoirs zu meiden, das „s“ am Schlusse muß stets deutlich, nicht gedrückt gesprochen werden. Bei Hrn. R. erzeugt gerade dieses den fremden Accent in der Aussprache.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Die Lust an Excessen] ist unter dem hiesigen Arbeiterstande keine geringe. Die öffentlichen Verhandlungen des hiesigen Criminal-Gerichts bringen Vorfälle ans Licht, die einen Uebermuth und eine Robbeit bekunden, welche kaum ihres Gleichen haben möchten. Der frappanteste Vorfall dieser Art hat am letzten Tage des April d. J. auf dem Holzmarkt stattgefunden. Ein Dienstmädchen, Namens Regine Lerch, ging am Abend desselben Tages über denselben nach der Töpfergasse. Drei dem Arbeiterstande angehörende Männer griffen sie an, Einer derselben warf sie zu Boden, während die beiden Andern ihre Röcke emporhoben und so ihren Unterkörper entblößten, wobei die Angreifer das arme Mädchen schlugen und einen großen Lärm verursachten. Sie schlugen sie aber nicht nur, sondern verletzten sie auch am linken Knie durch einen Messerstich, in Folge dessen sie 9 Monat im städtischen Lazareth behufs der Heilung hat liegen müssen. Keineswegs fühlten sich die Excess-süchtigen durch die Verübung dieser Brutalität schon beruhigt; sie wollten vielmehr den alten Adam in ihnen in seiner ganzen Unbändigkeit zeigen. — Während sich der Brauereibesitzer Hr. Roloff an dem Abend des benannten Tages im Theater befand, erfuhr er, daß in seiner in der Schmiedegasse belegenen Brauerei Feuer ausgebrochen sei. Schnell verließ er das Theater und eilte über den Holzmarkt. Hier trat dem schnell dahin Eilenden ein Mensch in den Weg, setzte ihm einen Fuß vor, so daß

derselbe zu Boden stürzen mußte. Nachdem er sich schnell emporgerafft hatte, wollte er den Unverschämten festhalten, um ihn arretiren zu lassen. In demselben Moment kam ein anderer Mensch herbei, der mit erschreckender Brutalität auf Hrn. Roloff eindrang, so daß dieser nicht stehen blieb, sondern seinen Weg fortsetzte. Wenige Minuten darauf wurde ihm ein so heftiger Schlag gegen den Kopf mit einem harten Instrument versetzt, daß er blutete. Indessen erreichte er doch seine Wohnung. Da das in dieser entstandene Feuer bereits gelöscht war; so säumte er nicht, die Angreifer aufzufuchen. In Begleitung einiger Brauerknechte begab er sich nach dem Nögelischen Local und fand hier dieselben. Es waren die Arbeiter Borkowski und Gersdorff, von denen Ersterer ihm den Fuß vorgelegt und Letzterer ihn mit dem harten Instrument geschlagen. Gersdorff wollte sich nicht arretiren lassen, widersezte sich mit einem Messer in der Hand und brachte dabei den Roloffischen Brauerknechten einige Verwundungen bei. Indessen wurden sie doch nebst ihrem Complicen, dem Arbeiter Frost, festgenommen und an die Polizeibehörde abgeliefert. Bei dem nunmehr mit ihnen vorgenommenen Verhör stellte sich heraus, daß sie es auch gewesen, welche die Regine Lerch angegriffen und gemißhandelt. In der gegen sie stattgehabten öffentlichen Gerichts-Verhandlung wurden sie durch die Zeugnisaussagen ihrer Schuld überführt, und wurde Gersdorff sowohl wie Borkowski zu 14 Monaten Gefängniß und Frost zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt.

Vermischtes.

** Die neueste Nummer des „Kladderadatsch“ enthält folgende Nachricht „aus China per Schraubenschiff Danzig eingetroffen.“ Dem hohen Mandarin von Nan-King erließen sich die gehorsamst Unterpinselten die ergebene Anzeige zu machen, daß in dem Lazareth der Stadt eine so gefährliche Luft herrscht, daß kein Kranker genesen kann, jeder Gesunde aber krank werden muß, weshalb sie flehentlich um Abstellung des Uebelstandes und Bewilligung einer kleinen Summe zum Umbau des Lazareths bitten.

Fu-keu, Mats-ki, Schu-wang, To-ro.
Ärzte des Lazareths.

Verfügung. In Erwägung, daß es sich für keinen Chinesen ziemt, auf Uebelstände in der Verwaltung aufmerksam zu machen und dadurch öffentlich zu Mißvergnügen zu reizen, also werden die Querulanten Fu-keu, Mats-ki, Schu-wang, To-ro, hierdurch zur Ruhe verwiesen, ihrer Posten entsetzt, degradirt und wird ihnen aufgegeben, sich Angesichts Dieses ihre Bäuche aufzuschlitzen.

Der Ober-Mandarin von Nan-King.

** Als Kuriosität ist bemerkenswerth, daß auf der letzten leipziger Messe sehr viel Geschäfte mit Hemden aus weißlackirtem Stahl gemacht wurden. Man braucht dieselben jeden Morgen einfach nur mit einem Schwamme abzuwischen, und die ewig reine Wäsche ist fertig.

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königlichen Navigationsschule zu Danzig.

Sehr.	Stunde	Barometer-Höhe in Par.-Zenten.	Thermometer im Freien n. Reaumur.	Wind und Wetter.
15	4	338,23	+ 14,1	NW. mäßig, hell u. wolfig.
16	8	338,63	11,5	NW. still, bewölkt.
	12	338,73	15,0	NW. mäßig, hell u. wolfig.

Schiffs-Nachrichten.

Angekommen am 16. September:

H. Larsen, Gefion, u. R. Vintner, 8 Södsstende, v. Stavanger u. W. Robbed, Enigma, v. Helmsdale m. Heeringen. J. Visser, Maria, v. Cardiff m. Schienen. G. Pieper, Helene, v. Leer m. Eifen. L. Kromp, Graf v. Brandenburg, v. Hull; G. Otto, Mliang, v. Sunderland; A. Robertson, Elitab. Reid, v. Inverleithing u. A. Darmer, Victor, v. Hartlepool m. Rohlen. Ferner 10 Schiffe m. Ballast.

Producten-Berichte.

Börien-Verkäufe zu Danzig vom 16. Septbr.
Weizen, 72 Last, 132.33pfd., 130.31pfd., 84pfd. 211st. u. 84pfd. 141st. fl. 550 pr. 85pfd. Connoiff.; 131.32pfd. fl. 560; 130pfd. fl. 530 pr. 85pfd.; 129pfd., 130pfd. u. 131pfd. fl. 540 pr. 85pfd.
Roggen, 121pfd. fl. 342 pr. 125pfd.
Gerste, 106 und 107pfd. fl. 268.
Erbsen, weiße, fl. 320, 321, 324 u. fl. 330.

Bahnpreise zu Danzig am 16. September:
Weizen 124 pfd. frisch roth 80 Sgr.
126—131 pfd. bunt 84—90 Sgr.
127—135 pfd. hellbt. 88—98 Sgr.
Roggen frisch: 118 pfd. 53 Sgr. pr. 125 pfd.
121 pfd. 56½ Sgr. do.
125 pfd. 57½ Sgr. do.
Erbsen weiße Koch- 55—57 Sgr.
do. Futter- 52—54 Sgr.
Gerste 103—110 pfd. kleine 41—45 Sgr.
108—115 pfd. große 45—49.50 Sgr.
Hafer 65—80 pfd. 25—29 Sgr.
Berlin, 15. Septbr. Weizen 65—78 Thlr.
Roggen 50½ Thlr. pr. 2000 pfd.
Gerste, große und kl. 36—40 Thlr.
Hafer 21—24 Thlr.
Wintertraps 102—106 Thlr.
Erbsen, Koch- und Futterwaare 50—56 Thlr.
Rübsöl loco 14½ Thlr.
Weinöl loco 15½ Thlr.
Spiritus 18½ Thlr. pr. 8000 % Tr.
Stettin, 15. Septbr. Weizen 72—79 Thlr.
Roggen 49½—51 Thlr.
Spiritus 18½ Thlr.
Königsberg, 15. Septbr. Weizen 80—100 Sgr.
Roggen 55½—57½ Sgr.
Gerste gr. 46 Sgr., kl. 39½—44 Sgr.
Hafer 22—29 Sgr.
Spiritus 18½ Thlr. 8000 % Tr.
Bromberg, 15. Sept. Weizen 125—23 pfd. 64—68 Sgr.
Roggen 120—25 pfd. 42—44 Thlr.
Gerste gr. 34—36 Thlr., kl. 28—30 Thlr.
Hafer alter 1 Thlr., frischer 25—26 Sgr.
Erbsen 40—42 Thlr.
Raps 90—96 Thlr.
Spiritus Thlr. 18½ p. 8000 % Tr.

Angelkommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Rittmst. I. I. Leib-Gusaren-Regt. No. 1 v. d. Gröben
a. Dr. Stargardt. Rittergutsbes. Vogel n. Kam. aus
Nietus und Weihe a. Kofiecken. Universitäts-Professor
Trendelenburg u. Maler Meyerheim a. Berlin. Kauf.
Wiemann a. Berlin, Sommerfeld a. Königsberg, Theo-
bald a. Bremen u. Goldenring a. Breschen.

Hotel de Berlin:

Kass. Russ. Staatsrath Dr. v. Woyde a. Polen.
Dr. Eient. Graf Wartenleben a. Dirschau. Ritterguts-
bes. Stahl a. Altenstein. Kauf. Jennis a. Paris, Cohn
a. Stolp u. Pincus a. Bromberg.

Walter's Hotel:

Director Graf a. Russland. Rittergutsbes. Boy aus
Kaspe. Gutsbes. Meyer a. Liebkau. Fabrikant Herzt-
mann a. Dr. Stargardt. Kauf. Sternfeld a. Stettin
u. Hertwich a. Mühlhausen. Inspector Henning aus
Neukirch. Fräul. v. d. Gröben a. Königsberg. Frau
Rittergutsbesitzerin Wille a. Mesnachow. Fräul. Neplaff
a. Roschütz.

Schmelzer's Hotel:

Rittergutsbes. Plehn n. Gem. a. Borkau u. Plehn a.
Summin. Gutsbes. Knuht a. Bialoulen. Kaufleute
Silbert a. Magdeburg, Grabow a. Thorn u. Hubendorf
a. Berlin.

Hotel d' Elba:

Gutsbes. Möller a. Gattehnen. Kauf. Weiskat a.
Gumbinnen, Wolff u. Maho a. Neustadt-Eberswalde,
Müller a. Görlitz, Menzel a. Thorn u. Buder a. Frank-
furt a. M. Berg-Glewe Leonhard a. Breslau.

Hotel de Thorn:

Justiz-Rath Colberg a. Elberfeld. Baumstr. Adler
und Bauunternehmer Rögner a. Berlin. Referendar
Nichtshofen a. Breslau. Kauf. Kwaw a. Stettin, Hille
a. Weimar. Rose a. Magdeburg, Werneberg a. Franke-
hausen, Nadler a. Straßfurt u. Kessler a. Gerinemünde.

Deutsches Haus:

Gutsbes. Kumm a. Garitz. Fräul. v. Bielowski und
Kaufm. Sommerfeld a. Neustadt.

[Eingefandt.]

Die öffentlichen Blätter haben vor Kurzem berichtet,
daß in unserer Stadt eine Dampfmahlmühle am Kiel-
graben für die hiesige Garnison erbaut werden soll. Da
nun in Kriegszeit unsern Mahlmühlen das Radaunen-
wasser abgeschnitten wird, so scheint die Einrichtung jener
Mühle für eine Festung wie Danzig ein notwendiges
Bedürfnis zu befriedigen. Jedoch scheint dies nur so:
denn in Friedenszeiten kann eine Dampfmahlmühle mit
einer von Wasserkräften getriebenen keine Konkurrenz aus-
halten, und jeder Wassermüller unserer Stadt, ja ihrer
Umgebung würde das Mehl bedeutend billiger liefern
können. Im Kriege aber, wo Handel und Gewerbe stö-
ken, wo also auch unsere Dampfschneide- und Delmühlen
aus Mangel an Absatz stille stehen würden, könnte das
Friedenswerk derselben innerhalb 14 Tagen zu einer Mahl-
mühle umgeändert werden, wodurch also der kostspielige
Bau einer Dampfmahlmühle, der ungefähr 60,000 Thlr.

beträgen würde, zum Besten des Militär-Budgets ver-
mieden werden könnte, ungerechnet der finanziellen Miß-
stände, die sich erfahrungsmäßig jedem industriellen Staats-
unternehmen entgegenstellen. Daß aber unsere Dampf-
mühlen im Stande sind, den Bedarf an Mehl für un-
sere Stadt vollkommen zu befriedigen, geht aus den An-
gaben hervor, daß die große Mühle mit ihren 18 Gän-
gen und die 4 kleineren Mühlen mit je 4 Gängen à 4
Pferdekraft, 136 Pferdekraft entsprechen, wogegen die
beiden Dampfschneidemühlen von Th. Behrend und Gebr.
Glaassen allein schon 72 Pferdekraft repräsentieren. Rech-
ner man hierzu noch die beiden Delmühlen und etwa
6 verschiedene kleinere Dampfmühlen, so hat man eine
Gesamtkraft, die letztere noch um Einiges übersteigt.
Es ist somit klar bewiesen, daß wir selbst im Fall einer
Belagerung einer Dampfmahlmühle nicht bedürfen, und
wird ein diese Angelegenheit betreffendes Schreiben an
einen unserer Abgeordneten abgesendet werden.

Stadt-Theater zu Danzig.

Mittwoch, den 17. Septbr. (1. Abonnement No. 1.)
Der Barbier von Sevilla. Komische Oper in
2 Acten von Rossini.

Donnerstag, den 18. Sept. (1. Abonnement No. 2.)
Die Schule des Lebens. Schauspiel in 5 Acten
von Raupach. Anfang 6½ Uhr.
Die Direction.

Um den mehrfach mir zu erkennen gegebenen Wünschen
des geehrten Publikums nachzukommen, habe ich mich
der mühevollen Vorbereitung einer neuen Ausgabe des
**Allgemeinen Wohnungs-Anzeigers für Danzig
und dessen Vorstädte**

unterzogen, die ich unverweilt zum Druck geben werde,
wenn ich darauf rechnen darf, durch ausreichende Sub-
scription für die nicht unbedeutenden Kosten entschädigt
zu werden. Ich werde mir erlauben, dieselbe in den
nächsten Tagen zu eröffnen und empfehle sie einer ge-
neigten Berücksichtigung.

Zur möglichsten Vermeidung vieler Nachträge und
Berichtigungen des Wohnungs-Anzeigers ersuche ich aber
auch zugleich die geehrten Herrschaften jedes Standes,
welche zu Anfang künftigen Monats ihre Wohnungen
verändern werden, mir davon in den nächsten 8 Tagen
eine kurze schriftliche Nachricht gefälligst zugehen und
dieselbe im Polizei-Bureau abgeben zu lassen.

Danzig, den 15. September 1862.

Weiter,

Polizei-Director.

Allen meinen hiesigen Freunden und Gönnern
sage ich bei meiner Abreise nach Berlin
ein herzliches Lebewohl.
Danzig, den 14. September 1862.
Eduard von Moser.

IDUNA

Lebens-, Pensions- und Leibrenten-

Versicherungs-Gesellschaft in Halle a. S.

Anträge zu Lebensversicherungen, Rinderversicherungen
und Sterbekassen-Versicherungen werden stets unter
soliden Bedingungen angenommen und Prospekte und
Antragsformulare gratis ertheilt bei den Agenten

Th. Bertling, Gerbergasse No. 4.

W. Butsdorf in Neufahrwasser

und bei dem General-Agenten

C. H. Krukenberg,

Vorstädtischen Graben No. 44 H.

Turnfahnen sind vorrätzig bei
J. L. Preuss, Portschaisengasse 3.

Gelegenheits-Gedichte aller Art
fertigt
Rudolph Dentler, 3. Damm 13.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung

erscheint in Berlin zwischen 5 und 6 Uhr Abends täglich, im größten Zeitungsformat, mit Ausnahme
des Montags.

Der vierteljährliche Abonnementspreis für Berlin, ohne Botenlohn, ist 1 Thlr. 7½ Sgr. mit
Botenlohn 1 Thlr. 15 Sgr. — Für Preußen, durch die königlichen Postanstalten bezogen, 1 Thlr. 15 Sgr.
— Für das ganze übrige Deutschland 1 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf.

Das einzige, entschieden großdeutsche Organ in Berlin, wird die **Norddeutsche Allgemeine
Zeitung** fortfahren, nicht nur der auswärtigen Politik in der bisherigen Weise Rechnung zu tragen, sondern
auch durch interessante Feuilletons, Kunstberichte u. die Reichhaltigkeit ihres täglichen Inhalts mehrern.

Berliner Börse vom 15. September 1862.

	St.	Br.	Gld.		St.	Br.	Gld.		St.	Br.	Gld.
Pr. Fretwillige Anleihe	4½	102½	101½	Ostpreussische Pfandbriefe	4	—	99½	Königsberger Privatbank	4	100½	99½
Staats-Anleihe v. 1859	5	108½	107½	Pommersche do.	3½	92	91½	Pommersche Rentenbriefe	4	100½	99½
Staats-Anleihen v. 1850, 1852	4½	100½	99½	do. do.	4	101½	100½	Possensche do.	4	99½	99½
do. 1854, 55, 57	4½	102½	102	Possensche do.	4	—	104½	Preussische do.	4	100	99½
do. v. 1859	4½	102½	102½	do. do.	3½	—	99	Preussische Bau-Antheil-Scheine	4½	—	120½
do. v. 1856	4½	102½	102	do. neue do.	4	99½	99½	Deutscher Metalliques	5	56	55
do. v. 1853	4	100½	100	Westpreussische do.	3½	89	88½	do. National-Anleihe	5	68½	65½
Staats-Schuldsscheine	3½	91½	90½	do. do.	4	—	99½	do. Prämien-Anleihe	4	72	—
Prämien-Anleihe v. 1855	3½	—	—	do. do. neue	4	99½	99½	Polnische Schatz-Obligationen	4	85½	84
Ostpreussische Pfandbriefe	3½	—	89½	Danziger Privatbank	4	—	102½	do. Ser. L.-A.	5	—	94½

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.

Die Versorgungs-Zeitung „Vacanzen-Liste“

für alle Wissenschaften, Künste, Handel
und Gewerbe

bietet Stellejuchenden aller Chargen und Branchen
eine wöchentliche General-Übersicht aller im In- und
Auslande offenen und zu besetzenden Stellen. Commissionäre
und alle Honorare u. werden durch dies Blatt erspart.
Das Abonnement beginnt täglich und kostet für 5 Num-
mern (1 Monat) 1 Thlr. — für 13 Nummern
(3 Monate) 2 Thlr. bei franco Uebersendung nach
allen Orten. — Direkte Stellen-Anmeldungen werden
gratis aufgenommen, alle anderen Inserate werden
im Anhang mit 2 Sgr. pro Zeile berechnet.

Auf Verlangen wird jedem Abonnenten gratis mit
überandt: das allgemeine

Geschäfts-Bulletin,

welches alle diejenigen Verkäufe, Verpachtungen,
Associé-Gesuche u. von Gütern, Classifications,
Fabriken u. ausführlich nachweist, welche ohne Unter-
händler offerirt werden.

Alle Kaufliebhaber u. f. w. erhalten das „Bulletin“
auch apartie gern franco zugesandt und haben keinerlei
Kosten als das Porto, monatlich 5 Sgr. (in Postmarken).
Alle Geschäfts-Offerten, Verkäufe u. werden im
„Bulletin“ gratis inserirt und in würdiger und discreter
Weise bis zum Abschlusse geführt. Prospekte gratis.
Briefe franco.

A. Ketemeyer's Leitungs-Bureau in Berlin.

Für Danzig und Umgegend werden Abonnements
bei Edwin Groening angenommen und Probe-Nummern
zur Ansicht vorgelegt.

Dentler'sche Leihbibliothek.

Hierdurch erlaube ich mir ganz ergebenst anzu-
zeigen, daß ich mit dem heutigen Tage meine
Lese-Anstalt eröffne, und bitte ich mich und mein Unter-
nehmen durch zahlreiche Betheiligung zu unterstützen.

Danzig, den 16. September 1862.

Rudolph Dentler,
3. Damm No. 13.



Einige 1/1, 1/2 und 1/4
Preussische Lotterie-
Loose, sowie Antheile zu
1, 2, 3, 4 und 5 Thlr. habe
ich noch billigstens abzulassen.

Stettin.

G. A. Kaselow,
gr. Oberstraße No. 8.

Heil. Geistgasse 17, 1 Trp. hoch, wird Klavier-
Unterricht ertheilt.

Briefbogen mit den Damen-Vornamen

Adèle — Adeline — Adolphe — Adolphe —
Adolphine — Agathe — Agnes — Albertine —
Alwine — Alma — Amanda — Amalie —
Anna — Antonie — Angelika — Auguste —
Bertha — Bernhardine — Betty — Cäcilie —
Catharina — Caroline — Camilla — Charlotte —
Clara — Clementine — Cölestine — Dorothea —
Doris — Elisabeth — Eleonore — Elisabeth —
Elise — Emma — Emilie — Ernestine — Fanny —
Flora — Franziska — Friederike — Gertrude —
Hedwig — Helene — Henriette — Hermine —
Hulda — Ida — Jenny — Johanna —
Josephine — Julie — Laura — Lina — Luise —
Lucie — Malwine — Maria — Marianne —
Margaretha — Martha — Mathilde —
Minna — Natalie — Olga — Ottilie — Pauline —
Rosa — Thekla — Rosalie — Selma — Sophie —
Therese — Waleka — Wilhelmine.

sind vorrätzig in der Buchdruckerei von
Edwin Groening.